2 DM



INTERIM



Wöchentliches Berlin-Info

17. Juni 1988







Unser Betrieb ist seit Tagen unfallfrei!

Nr. 8

Vorwort

Zunächst zum Inhalt dieser Nummer. Wie euch sicherlich aufgefallen ist, widmet sich dieses Heft einem bestimmten Thema: Arbeit. In unserem Versuch praktisch mit politischen Fragen umzugehen, haben wir uns weniger auf einer abgehobenen theoretischen Ebene mit der Thematik auseinandergesetzt, sondern mit handhablichen Bereichen wie Frauenarbeit, Selbsthilfeprojekten, Kollektive, Integration, ect. Die Artikel stammen aus aktuellen Diskussionen in Berlin. Zum einen die Kollektivdiskussion, zu der es am 21. eine Veranstaltung in der Nostizstr. gibt, sowie eine laufende Diskussion innerhalb der IWF-Kampagnen Vorbereitung.
Dafür haben wir die Nachrichten weggelassen. Wir wollen das Heft überschaubar und lesbar halten und mit etwa 40 Weiten ist die Grenze erreicht. Bei den Nachrichten geht es uns sowieso nicht so sehr um die Aktualität, sondern eher um die Zusammenstellung und Aufzeichnung von Tendenzen. Hoffentlich sind sie nächste Woche wieder drin.

Es kommen nun auch vereinzelte Bestellungen aus der BRD. Wir meinen es im Ernst, daß wir keine linke Dienstleistung werden wollen (sind wir das vielleicht schon?). Deswegen müßt ihr eure Bestellungen samt Knete und Briefmarken an die WBerliner Buchläden schicken oder ihr laßt euch von FreundInnen aus WB mit der INTERIM versorgen. Das Geld und die Briefmarken, die wir bisher bekommen haben gehen zur Knastkasse und aufs Waffenkonto.

Wir sind über zugeschickte Flugblätter und Termine hoch erfreut, aber ihr solltet mit dem Datum aufpassen. Donnerstag ist Redaktionsschluß! Es bringt nichts, uns Infos zu einer Veranstaltung zu geben, die schon am Mittwoch davor gelaufen ist.

Adresse bleibt:

I N T E R I M
Gneisenaustr. 2a
1ooo Berlin 61



In der Anti-IWF/Weltbank-Kampagne laufen zur Zeit Diskussionen um gemeinsame Aktionstage im September Wir dokumentieren drei Papiere zur Auseinandersetzung um einen Aktionstag unter dem Thema "Frauenarbeit"

FÜR EINEN AKTIONSTAG ZUR FRAUENARBEIT IM SEPTEMBER (Vorschlag des IWF-Frauenplenums)

Es reicht für uns nicht aus, während der Kongresswoche den Zwang zur Arbeit in einem Aktionstag allgemein zu thematisieren. Unsere Bemühungen, die IWF-Kampagne feministisch/ antipatriarchalisch zu bestimmen, muß dahin konkretisiert werden, daß wir hier ganz gezielt die Frauenarbeit zum Thema machen, und zwar zum Thema für alle, nicht nur für die "Feministische Unterfraktion" der Kampagne. Daran, wieweit der Zwang zur Frauenarbeit als Kern des allgemeinen Zwangs zur Arbeit erkannt und angegriffen wird, läßt sich abmessen, wieweit antipatriarchale Inhalte in der IWF-Kampagne tatsächlich verallgemeinert werden konnten.

Frauenarbeit ist nicht einfach in das große Oberthema Lohnarbeit und Ausbeutung einzureihen, auch wenn die häufig immer noch unter den (Familien-)Teppich gekehrte Reproduktionsarbeit dabei ausdrücklich miterwähnt wird. Leider wird Frauenarbeit immer noch als das Los derer diskutiert, die halt unter den Unterdrückten noch mal besonders arm dran sind. Wir sind die "doppelt Unterdrückten" und "doppelt Ausgebeuteten". Das ist richtig, aber in dieser Abgrenzung von den "einfach Ausgebeuteten" auch wiederum irreführend. Es geht ja keineswegs darum, unseren doppelten Widerstand auch doppelt moralisch zu rechtfertigen. Das brauchen wir nicht mehr. Vielmehr müßte es darum gehen den Zusammenhang zwischen Frauen- und Männer-Ausbeutung zu erkennen und öffentlich zu thematisieren.

Deshalb heißt, die Frauenarbeit zum Thema zu machen, zweierlei:

1. Die Verflechtung von Reproduktionsarbeit und Lohnarbeit <u>in</u> der Frauenarbeit selbst aufzuspüren und zu benennen: Das "Dazuverdienen" der Hausfrauen, das Abschöpfen "spezifisch weiblicher Fähigkeiten" in niedrig bezahlter, entgarantierter und sozial wenig anerkannter Lohnarbeit einerseits. Andererseits das Lächeln der Verkäuferin, das Schön-sein-müssen der Sekretärin, der Charme der Karieristin, die Geduld der Erzieherin, das sich die Bonzen als unbezahlte Reproduktionsleistung innerhalb der Lohnarbeit einverleiben.

2. Frauenarbeit als materielle Basis für die männliche Lohnarbeit: Die häusliche Reproduktionsarbeit, Kinder, Küche usw. ist dabei nur ein Faktor. Das muß viel grundsätzlicher gefaßt werden. Männermacht ist ebenso wie ein großer Teil der männlichen Lohnarbeit nur auf der Grundlage spezifisch "männlicher" Sozialisation möglich - cool sein, rational sein, verdrängen können, sich nur über die Konkurrenz zu anderen definieren können, usw.usw. Diese "männliche" Sozialisation ist aber (fürs Kapital) nur dann funktional und ausbeutbar, wenn es gleichzeitig eine "weibliche" Sozialisation gibt, die deren zerstörerische Auswirkung auf die sozialen Zusammenhänge ausgleicht. Was das heißt, wissen wir alle: altruistisch, mitleidig, verständnisvoll sein, nachgeben können usw.

Um es noch einmal zu betonen: Es kann nicht Ziel sein, das Empörende an der Ausbeutung der weiblichen Reproduktionsarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen zu bejammern, sondern genau diesen Zusammenhang verstehbar zu machen.



Wie das, was hier nur in ein paar knappen Sätzen umrissen worden ist, im Rahmen von Aktionen beispielhaft, genau und gleichzeitig umfassen angesprochen werden kann, muß sicher noch gemeinsam entwickelt werden. Zum Punkt 1 könnten wir uns irgendwelche Aktionen, dezentral und/oder zentral an der öffentlichen Nahtstelle zwischen Reproduktionsarbeit und weiblicher Lohnarbeit vorstellen: Einkaufszentren, Kaufhäuser, Fußgängerzonen. Verkaufen als typische Frauen-Lohnarbeit, Einkaufen als Teil der Hausarbeit, Konsumieren als mieser Ausgleich für die Gefangenschaft in der gesellschaftlich festgelegten Frauenrolle.

Zum Punkt 2 halten wir es gerade für wichtig, jedenfalls für die Männer, die diesen Ansatz richtig finden und mitmachen wollen, die Bedeutung der Frauenarbeit für die Männerarbeit <u>an der Männerarbeit selbst</u> aufzuzeigen. Entsprechend müßten Aktionen geplant werden. Wie das genauer auszusehen hätte, darüber wollen wir uns nicht stellvertretend den Kopf zerbrechen.

1. DIE GESELLSCHAFTLICHE ARBEIT IST GESCHLECHTSSPEZIFISCH GETEILT IN PRODUKTION VON WAREN UND REPRODUKTION VON ARBEITSKRAFT

Wir haben festgestellt, daß die Produktionsweise in allen Ländern mit einem entwickelten Kapitalismus darüber gesichert wird, indem die Reproduktion der Ware Arbeitskraft in der Kleinfamilie mit der Frau (meist Lohn- und Hausarbeiterin) als Liebesdienerin des Mannes organisiert ist.

Das patriarchale Verhältnis beruht dabei auf der Voraussetzung, daß die Fähigkeit zur Reproduktionsarbeit, das sog. "weibliche Arbeitsvermögen", das sämtliche Lebensäußerungen und Tätigkeiten ausdrückt, die als "typisch weiblich"gelten , der Frau als "Natur" anhaftet. Dieses spezifische ARbeitsvermögen erscheint als Naturressource und wird als solche verwertet. Das ist die Grundlage der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, aus der die Zurichtung von Frauen und Männern resultiert. Darin besteht das patriarchale Gewaltverhältnis.

2. DIE GESCHLECHTLICHE ARBEITSTEILUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN ARBEIT IN PRODUKTIONS UND REPRODUKTIONSBEREICH BILDET DIE BASIS (MATERIELL UND IDEOLOGISCH) FÜR DIE GESCHLECHTLICHE ARBEITSTEILUNG IN DER LOHNARBEIT

Es ist das Zusammenwirken von kapitalistischen und patriarchalen Verwertungskriterien, das die Rahmenbedingungen für die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung festlegt.
Sichtbar wird es in der Aufteilung der Branchen, in denen dann, je nachdem, hauptsächlich Frauen oder Männer arbeiten. Darin, daß zwischen diesen Branchen deutliche Lohnhierarchien bestehen, im Konstrukt der Leichtlohngruppen, die im direkten Zusammenhang mit der geschlechtsspezifischen Branchenteilung stehen, um Vergleichslöhne zwischen Frauen und Männern möglichst zu umgehen, darin, daß zuerst die Frauen entgarantierte, flexibilisierte Arbeitsbedingungen gezwungen werden, etc.pp.

Für den Kapitalistien bedeutet das billige und umfassende Verwertbarkeit, die auf der Voraussetzung gründet, daß Frauen Haus- und Ehefrauen sind.

Und innerhalb dieses Zwangszusammmenhangs entwickelte sich eine Dialektik, die die gesellschaftlichen Gewaltverhältnisse als ganze reproduziert.

3. DIE WARE ARBEITSKRAFT WIRD IMMER NACH KAPITALISTISCHEN UND PATRIARCHALEN KRITERIEN AUSGEBEUTET

Aus der Analyse der konkreten Arbeitsbedingungen (entlohnt und nichtentlohnt) geht hervor, daß die Allianz von Kapitalismus und Patriarchat materiell jeder einzelnen Arbeiterin entgegentritt. Z.B. über innerbetriebliche patriarchale Hierarchien in der Fabrik, die die Akkordleistung und damit den Lohn der Arbeiterin mitbestimmen, abhängig davon, wieviel sie an weiblichem Arbeitsvermögen zu leisten bereit ist. Das gilt genauso für die Frauen, die in Dienstleistungsbetrieben arbeiten. Ihr Lächeln-Schönsein-Hilfsbereitsein-müssen fließt als unbezahlte Mehrarbeit in die Ware ein, die Bereitschaft zu dieser Leistung ist Qualifikationskriterium.

In diesem Verhältnis wird der Zusamenhang zwischen patriarchalen und kapitalistischen Interessen konkret. Die kapitalistische Ausbeutung bestimmt sich über das patriarchale Verhältnis innerhalb der Produktionsbedingungen.

DIE INTERESSENSALLIANZ VON PATRIARCHAT UND KAPITAL SCHAFFT QUALITATIV UNTERSCHIEDLICHE BEDINGUNGEN

Frauen sind immer mit beiden Verhältnissen konfrontiert und zwar nicht "zusätzlich, verschärft, doppelt", sondern als EINHEIT (auf der ERscheinungsebene). Dieses Zusammenwirken macht die Bedingungen aus, unter denen ALLE Frauenarbeit stattfindet und sie unterscheiden sich daher qualitativ von den Ausbeutungsbedingungen der männlichen Arbeitskraft.

Die Unterschiedlichkeit der Bedingungen wird dann entscheidend, wenn es darum geht, gegen die Arbeit, gegen den Zwang zur Arbeit zu kämpfen / sich zu verweigern.

Diese "qualitativ anderen" Lebens/ Arbeits/ Kampf-Bedingungen von Frauen als solche zu benennen ist deswegen von Bedeutung, weil dadurch klar wird, daß Frauen für ihre Befreiung nicht zwei oder noch mehr Kämpfe nebeneinander, hintereinander oder wie auch immer, führen müssen, sondern einen Kampf, der genau an der konkreten Erscheinung dieser Einheit von Patriarchat und Kapitalismus ansetzt.

Aus der Unterschiedlichkeit der Bedingungen resultiert, daß die Kämpfe von Frauen und Männern unter anderen Voraussetzungen und an anderen Punkten ansetzen müssen.

Das bedeutet in der Konsequenz die eigenständige autonome Organisierung von Frauen für den Klassenkampf, der beide Systeme gleichermaßen angreift.

Um diesen, für den revolutionären Frauenkampf noch recht neuen Inhalt zu thematisieren (1. die qualitativ "anderen Bedingungen", 2. die Einheit von Pat & Kap., die diese bestimmen, 3. die Perspektive, die sich daraus ergibt) halten wir es für notwendig, den "Arbeitstag" unter das Motto "Frauenarbeit" zu stellen. Das Fragezeichen ("warum denn nur Frauenarbeit?) schafft den Raum, diese beschriebenen Zusammenhänge darzustellen.

Darüberhinaus erwarten wir, damit vor allem Frauen und Frauenzusammenhänge zu mobilisieren, mit ihnen zu dikutieren und gemeinsame Aktionen zu machen. Das ist ein zentrales Interesse unseres Engagements in der IWF-Kampagne

ZUR DISKUSSION UM DIE (FRAUEN-)ARBEIT
(Stellungnahme aus einem Männerzusammenhang)

In dem Papier vom letzten Mal schreibt ihr: Die Männer sollen "die Bedeutung der Frauenarbeit für die Männerarbeit an der Männerarbeit selbst aufzeigen".

Im nachherein erscheint es uns unklar, ob der Streit nur an der Formulierung entbrannt ist, oder ob ihr das den Männern tatsächlich als Ansatz vorschlagt: Es geht um (nichts anderes als) die Frauenarbeit. Da wir Männer nun davon nicht direkt betroffen sind, wollen wir die Männerarbeit, unsere eigenen Bedingungen im Kapitalismus und Patriarchat quasi als Mittel hernehmen, um dann aber die Frauenarbeit zu thematisieren.

Nach unserem Verständnis macht ihr damit eine Hierarchie auf, innerhalb derer die Bedingungen der Männer, ihre ARbeit, zu funkionalisieren ist: für die Frauenarbeit.

Wir stimmen sicherlich zui, daß weltweit bedeutend mehr Arbeit von Frauen geleistet wird. Das ist aber kein Grund für Männer, ihre Arbeit als ihren Beitrag zum Kampf gegen Kapitalismus und Patriarchat nicht selbst anzugehen.

Daß es für Männer, wenn sie es ernst meinen, nann nicht nur um den Kampf gegen Lohnarbeit in der Fabrik gehen kann, ist klar.

Denn: Männermacht ist ebenso wie ein großer Teil der männlichen Lohnarbeit nur auf der Grundlage spezifisch "männlicher" Sozialisation möglich - cool sein, rational sein, verdrängen können, sich nur über Konkurrenz zu anderen definieren können, usw.
Aus dieser Tatsache läßt sich ein Ansatz für einen revolutionären Männerstandpunkt entwickeln.

In dem Reader zur "Patriarchatsdiskussion von Männern im Rahmen der IWF-Kampagne heißt es:

> Wir lehnen jedes selbstgefällige, mitleidheischende Gejammer mancher Männer als ebenfalls "unterdrückt", oder als "Opfer", "Täter-Opfer" ab. Nichtsdestotrotz wind wir Männer vom Patriarchat zugerichtet, wir sind patriarchal aufgewachsen, uns wurde ein bestimmtes Männerbild eingebläut, das unser Verhältnis zu Männern, zu Frauen und zur Gesellschaft bestimmt, und uns eben auch blockiert, einengt und behindert.

Gegen diese patriarchale Zurichtung können sich Männer aus ihrem ureigensten Interesse wehren, aber nur schwer aus der Erkenntnis und dem schlechten Gewissen, daß sie Nutznießer sind.

Der Kampf gegen das männliche Arbeitsvermögen (Qualifikation im Beruf, Gefühlewegstecken, Härte, Auftreten-können, "Familie-gründen-und-ernähren", Leistungbringen-über-Konkurrenzverhalten, männliche Rationalität...) muß sowohl in der Lohnarbeit als auch im "Privatbereich" und z.B. auch in der Polit-Scene geführt werden.
Wie sich das im Septmber für Männer umsetzen läßt, da stehen wir ziemlich am Anfang.

In einem anderen Papier schreiben Frauen:

> Aus der Unterschiedlichkeit der Bedinungen resultiert, daß die Kämpfe von Frauen und Männern unter anderen Voraussetzungen und an anderen Punkten ansetzen müssen.

Das heißt für uns, daß wir einen eigenständigen Kampf führen müssen, in dem wir diese Voraussetzungen für Männer aufzeigen.

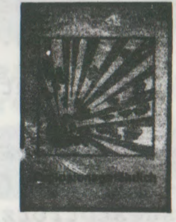
Daher finden wir uns unter einem Obertitel, in dem Arbeit nur als Frauenarbeit benannt wird, nicht wieder. Dem Interesse der Frauen am Motto "Frauenarbeit" (nämlich Frauenzusammenhänge zu mobilisieren und um den neuen Inhalt zu thematisieren) steht unser Interesse entgegen.

Von diesen gegensätzlichen Interessen müssen wir ausgehen.

Nach unserer Eischätzung des Diskussionsstandes in der Szene ist es für uns nur schwer vorstellbar, daß unter dem Motto "Frauenarbeit" andere als Frauengruppen dazu mobilisiert werden. ERgebnis wäre dann doch der "Frauentag", den alle, auch die Männer, vermeiden wollen.

Linke in Kollektiven - Linke Kollektive?

"Kollektive gegen IWF" lautet eine Veranstaltung am kommenden Dienstag, die von einigen sehr unterschiedlichen KollektivistInnen vorbereitet wird. Deutlich wird dies auch an den ausführlichen und vor allem gegensätzlichen Papieren der Vorbereitungsdiskussion (von denen drei im Anschluß abgedruckt sind).
Ausgangspunkt der Überlegungen zu einer politischen Veranstaltung, die sich besonders auf Kollektive bezieht - und auch an Kollektive richtet - war die gleichzeitige Feststellung unterschiedlicher Leute, daß es weder in noch um Kollektive eine nennenswerte kontinuierliche Auseinandersetzung in dieser Stadt gibt. Darüber hinaus halten sich die Kollektive als eine ursprünglich einmal beabsichtigte politische Kraft im wesentlichen fern von Widerstandsaktionen und politischen Kampagnen.


Explosionsgefährlich

Linke in Kollektiven und anderen Betrieben

Dazu haben wir uns bisher folgende Gedanken gemacht:
Wir halten es für sinnvoll und notwendig einen Zusammenschluss von Linken, die in sogenannten Kollektiven arbeiten herzustellen.
Dieser Zusammenschluß soll folgende Ziele verfolgen:

1. Die Eröffnung einer politischen Kampffront innerhalb der "alternativen" Betriebe.
Die "Alternativbewegung" in ihrer Gesamtheit hat in den letzten Jahren immer mehr an gesellschaftspolitischer Sprengkraft verloren. Sie ist über weite Strecken von einem potentiell systemgefährdenden Faktor zu einem systemstabilisierenden, integrierenden geworden.


Ätzend

Die einzelnen Leute haben sich entpolitisiert und immer mehr den ökonomischen Sachzwängen angepasst und unterworfen. Dies führt zwangsläufig dazu, daß das Ziel, aufzuzeigen, "Es geht auch anders", zurücktritt/zurüchgetreten wird hinter das kleinbürgerliche Bedürfnis nach Sicherheit in Form von



Privateigentum, Knete, Macht... . Dies hat sich in Form und Aufbau von immer mehr "alternativen" Betrieben ausgedrückt. Diese Entwicklung ist nicht bruchlos verlaufen. Es haben immer wieder Leute versucht, sich zu wehren. In diesen Auseinandersetzu gen müssen wir uns und andere gegenseitig unterstützen. Wir müsse











die Auseinandersetzung auf ihren politischen Kern bringen und so versuchen, politisches Terrain wieder gut zu machen. Der Kernwiderspruch ist der, ob Kollektive sich als Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, der Klassenkämpfe begreifen und auch ihre Konflikte in diesem Zusammenhang sehen oder ob Kollektive sich auf einer Insel wähnen, wo alles gaaanz anders ist als außen rum. Entweder ein Kollektiv weiß um den Widerspruch in dem es sich bewegt und den es zu seinen Gunsten aufzulösen versucht, nämlich den Widerspruch zwischen selbstbestimmten Arbeiten und der kapitalistischen Gesellschaft, oder es passt sich der kapitalistischen Logik an und umgeht den Gegensatz indem es sich auf die andere Seite schlägt.



Es geht uns nicht darum, die "Alternativbewegung" zu reformieren. Wir wollen eine linke Fraktion bilden und plädieren für die Aufkündigung des allgemeinen Konsens von einer großen Familie. Wir haben keinen Bock mehr auf Wischi-Waschi- Einheitsbrei.

Nur wenn wir klar Position beziehen und uns nicht scheuen, heilige Kühe zu schlachten, können wir politisches Terrain erobern.

2. Der Aufbau einer linken Infrastruktur, die die Vorraussetzungen für unsere Kämpfe verbessert.
   Wir haben mit unseren Räumen und teilweise auch mit unseren Produktionsmitteln Möglichkeiten an der Hand, nicht nur innerhalb kürzester Zeit viele Menschen zu erreichen (z.B. durch ein Infosystem zwischen Kneipen und anderen Dienstleistungsbetrieben), sondern auch bestimmte technische Fragestellungen zu lösen (was uns die Kerngehäuse-Tischler mit dem "Mauerbau" auf der Kottbusser Brücke im Juni letzten Jahres vorgemacht haben). Es gilt an den bestehenden Ansätsen anzuknüpfen und ein enges Netz von Kontakten auf-und auszubauen.



Einfahrt

3. Der Versuch, eine Brücke zu schlagenzu Linken in "normalen" Betrieben.

Nichtbeschäftigten Zutritt verboten

Unbefugten ist der Zutritt verboten!

Zugelassen nur für Arbeiten im Dauerlauf

Nichtbeschäftigten ist der Zutritt strengstens verboten

Unbefugten ist der Zutritt strengstens verboten

Allzulange ist ein falscher Widerspruch konstruiert worden, zwischen Linken in "alternativen" und Linken in "normalen" Betrieben. Wenn wir mit unserer Arbeit eine Ahnung davon vermitteln wollen, was selbstbestimmtes Arbeiten sein könnte, und aufzeigen wollen, wo heute die Grenzen sind, dann müssen wir an die Leute ran, denen wir das vermitteln wollen. Wenn wir nicht nur auf einer Insel vor uns hin wursteln wollen, sondern gesellschaftspolitisch was verändern wollen, müssen wir mit Linken, die in "normalen" Betrieben oder Berufsschulen stecken zusammenarbeiten. Andererseits können wir wichtige Unterstützer für diese sein. In dem Maße, wie es uns gelingt, eine klare Position innerhalb und gegen diesen Alternativsumpf zu beziehen und eine funktionierende linke Infrastruktur aufzubauen, werden wir für Auseinandesetzungen in "normalen"Betrieben an politischem Gewicht gewinnen. Diese Verbindungslinien sind gleichzeitig für uns wichtig als Korrektur für Sachen und Prozeße innerhalb der "alternativen" Betriebe.

Kulturen Betreten verboten

Wir haben im folgenden versucht, die politische Stoßrichtung, die wir diesem Zusammenschluß geben wollen anhand von zwei strategischen Zielen zu benennen. Diese Ziel gelten im Prinzip für den gesamten Arbeitsbereich, sowohl in "alternativen" als auch in "normalen" Betrieben. Die Situation in beiden ist allerdings total unterschiedlich. Wir befinden uns in unterschiedlichen Etappen gehen demzufolge taktisch anders vor und was im einen Bereich eine heiß umstrittene Forderung ist wird unter Umständen im anderen gar nicht erhoben. Wir wollen:



1. Den Aufbau von Arbeiter/innenkollektiven, die versuchen über Form und Inhalt ihrer Arbeit so zu bestimmen, daß sie einen Beitrag leistet zum Kampf für ein menschenwürdiges Leben, frei von allen Formen der Ausbeutung und Unterdrückung.
2. Die Enteignung der Produktionsmittel und die Übernahme in die Verfügungsgewalt der Selbstverwaltungsorgane der Arbeiter/innenkollektive.

Dies beinhaltet für uns in "alternativen" Betrieben:

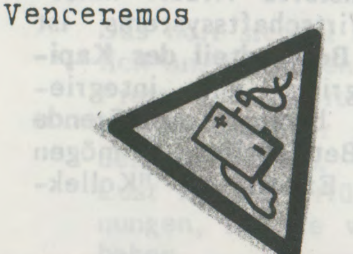
- Wir begreifen uns als Arbeiter/innen und nicht als Unternehmer. Wir brauchen nicht viele chefs (alle) sondern keine. Wir wehren uns dagegen, dan Wert eines Menschen an seiner bürgerlichen Qualifikation, irgendwelchen Papieren, seiner "Leistung", Fähigkeiten etc. zu messen. In den Strukturen unter uns wollen wir die Macht nicht verteilen, sondern abschaffen.
- Wir sind nicht die Eigentümer der Produktionsmittel, sondern lediglich Benutzer.
- Entlohnung dient zur Existenzsicherung und nicht zur Anhäufung von privaten Reichtümern. Den Mehrwert wollen wir zur Verwirklichung unsere Ziele einsetzen und nicht zur Bildung von Vermögen.
- Wir wehren uns dagegen, daß über den von uns geschaffenen Mehrwert fremd bestimmt werden soll. Was im"normalen" Betrieb der Kapitalist ist, ist in "Alternatimbetrieben" die kapitalistische Logik, der ökonomische Zwang.
- Wir sind ein Arbeiter/innen-Kollektiv und kein Unternehmerteam und das bedeutet, daß wir unter Selbstbestimmung über Form und Inhalt unserer Arbeit was anderes verstehen, als die freie Verfügungsgewalt eines Unternehmers über "seinen" Betrieb. Als Arbeiter/innen begreifen wir uns als Teil der Klasse und unser Verhältnis zum Kapitalismus ist dementsprechend. In diesem Sinne wollen wir über unsere Arbeit selbstbestimmen.

In"normalen" Betrieben heißen diese strategischen Ziele erstmal was ganz anderes. Kämpfe dort sind über weite Strecken Kämpfe dafür, überhaupt unabhängige Zusammenschlüsse aufzubauen und Versuche, sich gegen die totale Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Arbeiter/innen zu wehren, zu organisieren.

Auch wenn wir uns in unterschiedlichen gesellschaftlichen Realitäten befinden, und unsere K ämpfe demzufolge andere Gesichter haben, haben sie doch das gleiche ziel.

Venceremos







REVOLUTION LEICHT GEMACHT



Thesen zu "Linke in Kollektiven"

Die Linken aus den Kollektiven bedienen sich in ihrem Papier einer Sprache, die mit markigen Worten Sehnsucht ausdrückt. Ich kann nachvollziehen, wenn bei der Beschreibung der Unzufriedenheit mit der eigenen politischen Praxis schon die Wortwahl eine Veränderung ausdrükken soll. Befremdet aber hat mich der Inhalt bzw. die Selbsteinschätzung über den vergangenen und zukünftigen politischen Stellenwert von Kollektivarbeit. Wenn da von verlorener und wiederzugewinnender gesellschaftspolitischer Sprengkraft die Rede ist, dann drückt sich für mich darin die alte Verwechslung zwischen unserer ursprünglichen, idealistischen Motivation zur Kollektivarbeit und der objektiven gesellschaftlichen Funktion der Kollektive aus. Vor diesem Hintergrund erscheint das wiederholte Wehren von Leuten gegen eine Entwicklung vor allem als das sich Wehren gegen die Wahrnehmung und die Konsequenzen aus dem Unterschied zwischen persönlichem Idealismus und objektiven gesellschaftlichen Bedingungen.
Gerade dies, nämlich Kollektivarbeit an sich für revolutionär zu halten, ist aber einer der berechtigten Kritikpunkte von aktiven Linken außerhalb der Kollektivszene an die KollektivistInnen.
Kollektiv organisierte Arbeit innerhalb dieses Wirtschaftssystems ist reformierender **Bestandteil des Kapitalismus** (integriert und integrierend). Sie hat bedingt **aufklärende Funktionen** (Betriebslinke mögen zwar noch das Experiment "Kollektiv" interessant finden, die Frage der Übertragbarkeit stellt sich äußerst selten und für die Auseinandersetzung mit den bestehenden Machtverhältnissen in Unternehmen bietet sie kaum Hilfestellung).
Der Kapitalismus lernt im Sinne der Existenzverlängerung, "Modifizierung" des Systems von Kollektivarbeit - und zwar unabhängig vom Willen der KollektivistInnen.
Marktzwänge und die Notwendigkeit zu wirtschaftlichem Arbeiten wirken objektiv auf das Innenverhältnis von Kollektiven - durch Kooperation immerhin lassen sich Marktzwänge abmildern.

Trotzdem bleiben für die Strukturen und die Organisation von selbstverwalteten Betrieben **Spielräume.** Sie bleiben "Spielräume" im negativen Sinne des Wortes, wenn die Gestaltung der Kollektivarbeit unbewußt und unreflektiert abläuft - ja sogar Konflikte wie Schicksalsschläge ohnmächtig hingenommen werden.
Dies alles bedeutet nicht, daß die Kollektive untauglich seien, überhaupt eine sinnvolle Rolle bei der revolutionären Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche zu spielen.
Der Begriff "sinnvolle Rolle" wurde bewußt gewählt, um deutlich zu machen, daß die **Funktion** der Kollektivarbeit weniger von der Definition der eigenen Träume abhängt als vielmehr von der **Eingliederung in eine revolutionäre Strategie.** Sollen aber Kollektive Bestandteil revolutionärer Strategie sein, so ergeben sich daraus Anforderungen, Teilprobleme

der **Organisation** auch **taktisch** in den Griff zu bekommen, um erfolgreich zu sein. Grundvoraussetzung ist die **Enteignung** der Kollektive. D. h. Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln wird weg von den Betrieben an eine Organisation des revolutionären Widerstands delegiert. Nutzungsrechte und Fragen der inneren Organisation der einzelnen Betriebe verbleiben beim jeweiligen Kollektiv.

Wichtige bekannte Konfliktbereiche, wie Hierarchie, Lohnfragen, Arbeitszeit, liegen zwar im Experimentierbereich der Kollektive - haben allerdings nur dann die tatsächliche Bedeutung von gelebter Utopie, wenn sie bewußt gestaltet, als Prozeß betrachtet und zusammen mit anderen reflektiert werden. Als Bestandteil revolutionärer Strategie verengt sich dieser Gestaltungsraum zusätzlich. Die Notwendigkeit zu effektivem Arbeiten und einer entsprechenden Organisation steigt in dem Maße, wie Kollektive personelle und materielle Kräfte für den politischen Gesamtzusammenhang aufbringen sollen. So ist es z. B. eher nützlich, für die Möglichkeit, GenossInnen aus dem politischen Zusammenhang im Kollektiv jobben zu lassen, die Hierarchie des Fachwissens oder Informationsvorsprungs auch so zu benennen. Ich könnte mir folgende **revolutionäre Aufgaben für Kollektive** vorstellen:

gemeinsame Reflektion der eigenen Praxis
personelle, fachliche, materielle Unterstützung und Gestaltung der sozialen Kämpfe der Region
Job- und Ausbildungsmöglichkeiten für GenossInnen verwirklichen
Auseinandersetzung mit Realsozialismus und traditioneller Arbeiterbewegung
gemeinsame Projekte mit Befreiungsbewegungen und kämpfenden Völkern

Hierfür, und um die oben beschriebenen Voraussetzungen zu erzielen ist das Entwickeln geeigneter Organisationsformen notwendig.
Vielleicht bin ich doch etwas provozierend mit den vertrauten Begriffen umgegangen. Deswegen noch eine kleine Erläuterung:
Revolution, und die auch noch in Richtung libertären, kommunistischen Gesellschaft, **ist ein Ziel.**
Strategie ist die Auswahl der Wege, die uns dem Objekt der Begierde näherbringen. Die Verschärfung der Widersprüche bringt Tempo, Revolten, Etappenziele und - natürlich - Rückschläge. Reformen und Reformismus gestatten Mitnahmeeffekte. Infrastruktur (warum nicht auch Kollektive) halten den Rücken frei.
Taktik ist die Wahl der Mittel, den Ablauf kontrolliert zu gestalten, Militanz, Abstinenz, Akzeptanz (warum nicht auch die Frage der betrieblichen Organisation?)
Organisation sind die Formen, die wir uns zum Ausdruck der Taktik und zur Verwirklichung der Strategie und zum Erreichen der Zielsetzung geben.
Das hört sich ja alles fast lustfeindlich an, deswegen noch'n Gedicht:
Frust sind unsere unerfüllten Erwartungen, die wir zuvor ans Schicksal delegiert haben.
Lust ist die Erfüllung unserer Hoffnungen, für die wir auch was getan haben.

Das Beispiel, so freut sich das BMZ, macht Schule. „Die Einsicht beginnt sich langsam durchzusetzen, daß der Staat sich von Aufgaben zurückziehen sollte, die von der Bevölkerung selbst übernommen werden können". (1)

Der Gleichklang wird nicht so ganz zufällig sein. Hier wie da werden emanzipatorische Ansätze abgefiltert und nützlich umdefiniert. Hier wie da ist diesem Vorgang ein anderer vorgelagert, nämlich das Nichteinlösen zentraler Versprechen der sogenannten freien Marktwirtschaft auf nationaler wie internationaler Ebene. Sie schafft nicht hinreichend Arbeitsplätze, sie richtet sich vielmehr mit der Gleichzeitigkeit von „Aufschwung" und struktureller Arbeitslosigkeit ein. Sie entwickelt nicht nach und nach auch die „unterentwickelten" Länder, sie lebt vielmehr mit und von deren fortlaufender Verelendung. Und hier wie da trägt das nicht etwa zu einer Revision der Grundlinien der Politik bei, sondern zu kompensatorischen Strategien an den Rändern politischen Handelns mit erheblichem verbalen und geringem finanziellen Aufwand: „Im Vergleich zu den Summen, die große, kapitalistische Unternehmen im privaten und öffentlichen Sektor brauchen und auch erhalten, ist der Kapitalbedarf der örtlichen Beschäftigungsinitiativen ausgesprochen klein".(2)



Claudia von Braunmühl

HILFE ZUR SELBSTHILFE

world wide

CONTRASTE — Oktober '87

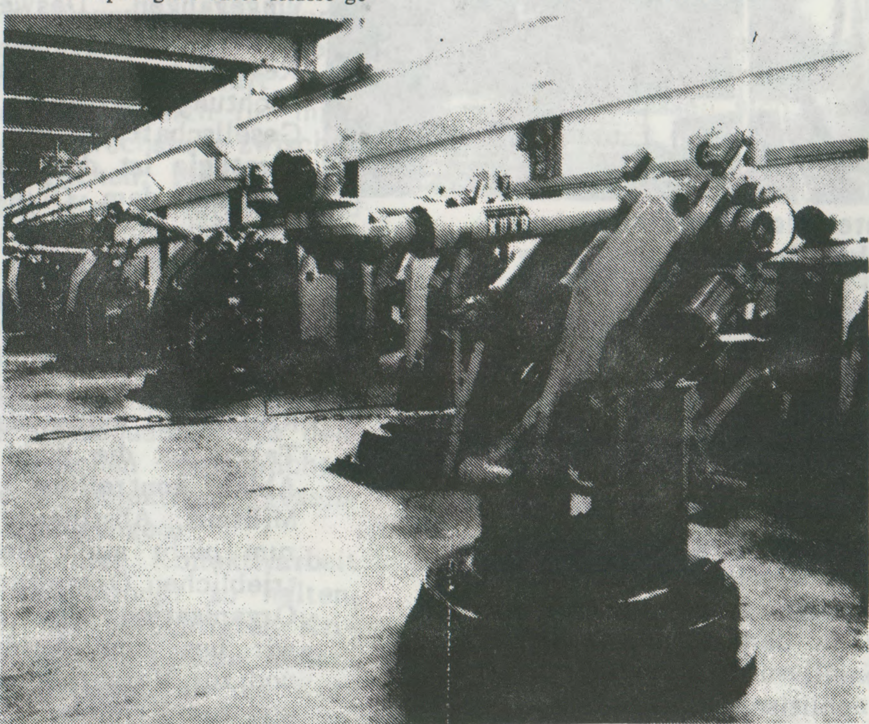
Konstruktiv, weil nützlich

Auf innenpolitischer Ebene ist bekannt und vielfältig beschrieben, wie sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre selbstverwaltete Projekte als praktische Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse bildeten, wie sie zwischen Marx und Markt ihre eigenen Trampelpfade herausfanden und wie in den letzten Jahren die Regierenden, die in der konstruktiven Verweigerung zunächst nur die Verweigerung sahen, nun Konstruktives, weil Nützliches, daran entdecken: An den selbst*verwalteten* Arbeitsplätzen ist interessant, daß sie selbst *geschaffen* sind; eine Leistung, die das kapitalistische System zunehmend verweigert. Zugleich kann bzw. will der „Sozialstaat" die gesellschaftlich entstehenden Schäden nicht mehr kostenpflichtig abfangen.

So werden aus Kollektiven „neuartige Beschäftigungsformen", „örtliche Beschäftigungsinitiativen", „Kleinbetriebe mit gemeinnützigen, selbstverwalteten oder ökologischen Zielsetzungen". Aus der Ablehnung des Profitprinzips werden „neue Formen des Erwerbsverhaltens". Aus Solidarität als Ausdruck des Kampfes gegen Vereinzelung, Entfremdung, Entmenschlichung wird ein „sozialpolitisches Konzept" (3).

Sparen durch Ehrenamtlichkeit

„Um dieses sozialpolitische Konzept auf eine Kurzformel zu bringen: Solidarität ist das Ziel – und zwar nicht als Kampfbegriff einer Klasse gegen die andere, sondern als Ausdruck der Solidarität zwischen Starken und Schwachen – Subsidiarität ist der Weg".(4)



Aus Selbsthilfe wird kostengünstige Ehrenamtlichkeit. In Berlin entsteht ein Amt zur Förderung von Ehrenamtlichkeit und Selbsthilfe als Bestandteil einer neuen Subsidiaritätspolitik. Der Arbeitskreis Staatsknete, Berlin, analysiert treffend: „Diese Politik bedeutet auf der finanziellen Ebene die Einsparung staatlicher Mittel und auf der ideologischen einen Appell an die vermeintliche Eigenverantwortlichkeit für soziale Zustände. Diese Eigenverantwortlichkeit wird auf der Ebene der individuellen Reproduktion propagiert, für den Produktionsprozeß jedoch strikt abgelehnt (Mitbestimmung, Vergesellschaftung). Der sozialpolitische Effekt der Selbsthilfeförderung zielt darauf ab, präventiv zu wirken, d.h. gesellschaftliche Kosten für das Sozial- und Gesundheitssystem gar nicht erst entstehen zu lassen. Einen Ausgleich für die vergangenen Streichungen und den Sozialabbau können Selbsthilfegruppen nicht leisten, sie können aber benutzt werden, um den Boden für weitere Streichungen zu bereiten".

Interessant ist, auf welchen charakteristischen Ebenen SPD und CDU die Projekteszene teilumarmen: Während die SPD die beschäftigungspolitische Komponente sieht und dabei auch auf andere Formen der Arbeitsorganisation eingeht, schneidet die CDU sich die sozialpflegerisch nutzbare Seite heraus. Da werden unterschiedliche Traditionen und Positionen sichtbar. Die besser zu verstehen, könnte wichtig sein für überregionale Diskussions- und Handlungszusammenhänge.

Weltweit den Gürtel enger schnallen

Auf internationaler Ebene erleben wir eine sehr ähnliche Entwicklung. Es ist in den letzten Jahren viel von der Verschuldungskrise der Entwicklungsländer die Rede. Mit anderen Worten: Was drei „Entwicklungs"dekaden übriggelassen haben, ist eine massive Verschlechterung der Lebensumstände der Masse der Bevölkerung in der Dritten Welt und obendrein eine horrende Schuldenlast. In manchen Ländern verschlingt allein der Zinsendienst mehr als das gesamte Exporteinkommen. Ein Blick auf das Verhältnis von Bruttosozialprodukt, Export und Schulden zeigt, daß es für fast alle keine Chance gibt, sich da herauszuproduzieren.

Man kann die Situation aber auch anders definieren: Anstatt von einem Zuwenig an Einkommen kann man von einem Zuviel an Ausgaben sprechen, dann heißt die Parole „Gürtel enger schnallen". Wie eng, ist eine Frage der Zumutbarkeit.

Genau das propagiert seit ungefähr zehn Jahren der Internationale Währungsfonds und seit 1980 auch die Weltbank. Ihre Kredite, die wiederum tonangebend für private internationale Kreditgeber sind, werden nur unter der Bedingung von „structural adjustment", zu deutsch „wirtschaftliche und gesellschaftliche Anpassung" gegeben.

Es ist also etwas aus den Fugen geraten; Anpassung tut not. Nicht die reichen Industrieländer aber passen ihre Strukturen und Verfahrensweisen den ja nicht unbekannten Folgen ihres weltweiten wirtschaftlichen Tuns an. Die Entwicklungsländer müssen sich anpassen. An den uns nützlichen Status quo.

Zu diesem Zweck unterwer-

fen sie sich - in Form einer ihnen aufgezwungenen Absichtserklärung („letter of intent") - einem Bündel von immer gleichen Maßnahmen, die dem betreffenden Land seinen ihm gebührenden und ihm angeblich auch gut tuenden Ort in der Weltwirtschaft zuweisen sollen. Und der Masse der Bevölkerung den ihren - oft genug weit unterhalb der Armutsgrenze. Zu dem Bündel gehören: 1. Abwertung, 2. Aufhebung aller nichtmarktkonformen Eingriffe wie Subventionen für Grundnahrungsmittel und lebenswichtige Konsumgüter, Preiskontrollen, Importregulierung, 3. drastische Kürzung der staatlichen Ausgaben, d.h. Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst, Verfall der sozialen Infrastruktur (Gesundheits-und Bildungswesen, Einrichtungen für Kinder, Alte etc.), 4. weitgehende Umorientierung der nationalen Produktion auf den Export nach Maßgabe der den Industrieländern dienlichen internationalen Arbeitsteilung, 5. Abbau aller Regelungen, die ausländische Investoren als hinderlich empfinden könnten.

Auch die deutsche Bundesregierung fügt seit Beginn der 80er Jahre ihre Entwicklungspolitik in diese Strukturanpassungsprogrammatik ein.

Das dahinterliegende Konzept wird seit Jahren theoretisch kritisiert und hat sich praktisch längst widerlegt. Es trägt eben gerade nicht zu Stabilisierung und wirtschaftlicher Gesundung bei. Ganz im Gegenteil, es begünstigt wenige Reiche und hält für die Masse der Bevölkerung nur weitere Verarmung und das Verrotten lebenswichtiger staatlicher Leistungen bereit. Es stimmt also durchaus, „daß in den letzten Jahren Entwicklungen sich vollzogen haben, die für die Umsetzung des Selbsthilfegedankens eine neue Grundlage darstellen" (Staatssekretär im BMZ Dr. Volkmar Köhler). Nur - „diese Chance wollen wir nutzen" - für wen ist das eine Chance? Und wozu?

Macht arm erfinderisch?

Die Umsetzung des Selbsthilfegedankens folgt schlicht dem Zwang der Verhältnisse. Auch hier: Das Versagen des Systems ist auf Dauer gestellt. Eine zeitlang noch war von Marginalisierten die Rede. Das Wort ließ das fortlaufende Ausspucken von wirtschaftlich Wert-losen Menschen noch erkennen. Nun sind es nur noch die Armen. Die gab es bekanntlich schon immer und wird es auch immer geben. Die neue entwicklungspolitische Programmatik heißt „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe". „Ausgangslage: ...durch die absehbaren Engpässe im Rahmen des finanziellen, personellen und technologischen Ressourcentransfers sind die ärmsten der Bevölkerungsgruppen gezwungen, durch Aktivierung ihres Selbsthilfepotentials die Sicherung ihres Existenzminimums zunehmend selbst in die Hand zu nehmen".



„Unsere einzige Chance gegen die Computer liegt in der Weiterbildung..."

Und nun geht ein großes Entdecken los: Die Armen haben es immerhin geschafft, drei fehlgeschlagene Entwicklungsdekaden zu überleben. Man fragt sich, wie sie das gemacht haben,und man fragt sich das mit großem Interesse. Denn das vor allem ist am Ende aller unserer Strategien erfahrenswert, *wie* sie es geschafft haben zu überleben. Dort soll angesetzt werden.

„Hilfe" zur Selbsthilfe

Die Subsistenzwirtschaft wird erneut entdeckt und der informelle Sektor. Galt das eine in den 70er Jahren als Bodensatz, der keineswegs auch noch ins Rutschen kommen durfte (Weltbankstrategie unter McNamara), so wurde das andere als zwielichtige Schattenökonomie aktiv bekämpft, bestenfalls geduldet, in der Regel jedoch kaum wahrgenommen. Nun wird aus der Subsistenzwirtschaft eine gelegentlich nahezu hymnisch gepriesene ökonomische Strategie.

Kaum ist der informelle Sektor in seiner Funktionstüchtigkeit erkannt, bosseln Kleinkreditprojekte in z.T. gründlicher Verkennung auch seiner Funktionsgesetze an seiner Einbindung in den formellen Sektor herum. Die zu bewerkstelligen, gilt weiterhin als erstrebenswertes Ziel. Qui bono? Und dabei ist doch das Versprechen, das sagt das Schlagwort auch, beileibe nicht mehr Entwicklung. Es ist nur noch ein Abpuffern der schlimmsten Folgen unverändert destruktiver Prozesse, das Verlangsamen des Abrutschens auf einer von uns weiterhin zäh festgehaltenen Schräge. Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe.

In den 70er Jahren, als sich die öffentliche Entwicklungspolitik in ihrer Programmatik an der Befriedigung der Grundbedürfnisse orientierte, waren es vor allem die Kirchen und die Entwicklungshelferdienste, die den Gedanken der Selbsthilfe betonten. Was die sogenannte Grundbedürfnisstrategie nicht abdeckt, so kritisieren sie, ist, „daß man auch die Menschen zur Teilnahme an der Gestaltung der Gesellschaft erziehen müßte, daß sie eine geachtete Rolle in der Gemeinschaft einnehmen und ihnen vor allem die Freiheit zukommt, den eigenen Wertvorstellungen und der eigenen Kultur entsprechend zu leben. Die Menschen müssen in die Lage versetzt werden, selbst die Maßnahmen durchzuführen, vorher ihre Lage zu analysieren und zu erörtern, Planungen aufzustellen und auch Trägerstrukturen zu bilden".

in der Gemeinschaft einnehmen und ihnen vor allem die Freiheit zukommt, den eigenen Wertvorstellungen und der eigenen Kultur entsprechend zu leben. Die Menschen müssen in die Lage versetzt werden, selbst die Maßnahmen durchzuführen, vorher ihre Lage zu analysieren und zu erörtern, Planungen aufzustellen und auch Trägerstrukturen zu bilden"

Daher folgerten sie, „daß wir ohne Stärkung dieser Selbsthilfeorganisationen eigentlich nicht entscheidend vorankommen"(1).Das war damals ein mutiger Ansatz, und dafür haben die Kirchen und die Entwicklungsdienste einiges an ideologischen Verdächtigungen auf sich gezogen.

Daß es Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe gelänge, Grundbedürfnisse zu befriedigen, mutet heute wie ein fast vermessener Anspruch an. Es ist um die Grundbedürfnisstrategie auch merkwürdig still geworden. Zwei Grenzen sind heute schmerzlich deutlich:

1. Marginalisierung, d.h. die fortlaufende Produktion von Armut, gehört zum kapitalistischen Wirtschaftssystem auf internationaler Ebene wie strukturelle Arbeitslosigkeit auf nationaler. Arbeitsplätze sind Mangelware. Wer überleben will, muß selber dafür sorgen und in den Nischen des Systems sein Auskommen suchen.

2. Gesellschaftliche Leistungen, die notwendiger Teil eines Entwicklungsprozesses sind, wie Schul- und Gesundheitswesen, Strassen-, Wege- und Brückenbau u.ä. sind als staatliche Leistungen immer weniger finanzierbar. Es waren aber gerade koloniale und weltmarktvermittelte ökonomische und politische Prozesse, die den Staat auch in den Ländern der Dritten Welt zum Träger solcher Leistungen machten, die er nun nicht mehr bereitstellen kann.

Es ließe sich diskutieren, ob diese einem längst hinfälligen Modernisierungsoptimismus entsprungene Annahme je realistisch war oder ob nicht die Bereitstellung zumindest eines Teils der benötigten materiellen und sozialen Infrastruktur innergesellschaftlich hätte organisiert und bestritten werden müssen. Unter den gegebenen „Rahmenbedingungen" ist das aber eine akademische Dis-

kussion. Faktisch entäussert sich der Staat ja nicht solcher Leistungen zugunsten gesellschaftlicher Organisationen, sondern er nimmt sie lediglich extrem selektiv wahr. Investitionsrelevante Infrastruktur, politisch bedeutsame Verkehrsachsen, bezugsfertige Fabrikanlagen werden sehr wohl und verstärkt und natürlich mit Entwicklungshilfegeldern gebaut, während z.B. für Kleinbauern wichtige Zufahrtswege, Elektrifizierung und sanitäre Versorgung armer Regionen und Stadtteile ausbleiben, das öffentliche Transportsystem, Krankenhäuser, Schulen, Heime verkommen, z.T. ganz geschlossen oder zu unerschwinglichen Preisen zugänglich gemacht werden. Hier ist Selbsthilfe angesagt!

„Die Zeit, in der die Wirtschaftssituation der Industrieländer die Formulierung des Ein-Prozent-Zieles gestattet, ist vorbei, und deshalb muß schon aus finanziellen Gründen die Landbevölkerung aktiver in ihrer eigenen Entwicklung werden"(2). Oder: „Als die staatlichen Mittel knapp wurden, bemühte man sich mit Unterstützung der Ford Foundation um eine Belebung der kommunalen Bewässerungszweckverbände" (3).

Zugleich wird soziale Versorgung großflächig reprivatisiert. Staatlichen Kürzungen zum Opfer fallende soziale Einrichtungen werden der Wohlfahrt überantwortet, bzw. eben der nützlichen Selbsthilfe.

Selbsthilfe ist nicht gleich Selbsthilfe

Hilfe zur Selbsthilfe als entwicklungspolitische Programmatik tut sich mit der praktischen Selbsthilfe eher schwer. Es müssen soziale Prozesse meist unbekannter und ihrer Natur nach schwer vorhersagbarer Art in Projektabläufe aufgenommen werden. Das ist, das kennen wir aus der hiesigen Projekte-Szene, in sich schwierig genug. Fast unmöglich wird es, wenn dies zu einer Tradition technisch definierter Projekte mit dinglich meßbaren Resultaten additiv hinzukommt, und zudem das Projekt immer der Ort eines äußeren Angriffs bleibt. Es passieren dann oft signifikante Verengungen und Verzerrungen. Im Konzept von Selbsthilfe ist immer Eigenverantwortlichkeit der Zielgruppe und Mobilisierung zu größerer Beteiligung an den sie betreffenden Entscheidungen mitgedacht. Im Projektvollzug gerät dann Selbsthilfe allzu häufig zu dem Beibringen eines Eigenbeitrages, der obendrein noch häufig quantitativ und qualitativ standardisiert wird. Diese Praxis dient ohne Zweifel der Effektivierung der eingesetzten Mittel, und das ist nicht wenig. Mit Selbsthilfe als partizipatorischem Prozeß indes muß sie durchaus nichts zu tun haben.

Ob ein Projekt aber einen Beitrag leistet zu wachsender Selbstverantwortung, entscheidet sich auf der Ebene der internen Struktur der vom Projekt angesprochenen sozialen Einheit, also z.B. der des Dorfes, des Stadtteils, der Jugendgruppe usw. So kann der Eigenbeitrag eines Dorfes z.B. nach außen als „Selbsthilfe" erscheinen, während er u.U. nach innen durch strikt hierarchische, herrschaftliche Abläufe zustandegekommen ist. Die ungleiche Verteilung des Nutzens einer Maßnahme kann auf diese Weise unthematisiert bleiben. Häufig einigen sich die lokalen Machthaber in der Abwehr von sozialem Wandel und das Projekt in seinem Begehren, angenommen zu werden, im Umkreis des ja in der Tat wertvollen Begriffs Kultur unausgesprochen auf ein soziales Stillhalteabkommen. Das war ja nun gerade mit Selbsthilfe nicht gemeint.

Wie kann staatliche Entwicklungspolitik überhaupt die *Zielgruppe* (dieser militärische Ausdruck hat sich leider eingebürgert), also die 40 Prozent am unteren Ende der Einkommensskala, erreichen? Vom staatlichen Gegenüber, der Regierung des Entwicklungslandes, wird weder solches Bemühen, noch solcher von Vertrauen getragener Kontakt zu erwarten sein. Muß das Erreichen unmittelbar sein, soll es überhaupt? Der Experte, staatliche Instanzen, die sich Einblick noch ins abgelegenste Dorf verschaffen, ist das eine wünschenswerte Perspektive?

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Kirchen haben derzeit große Konjunktur. Ihre Strategien werden studiert, ihre Nähe gesucht. Derweil fordern diese wiederum von der staatlichen Entwicklungspolitik Komplementarität auf der ihr eigenen Ebene, statt den privaten Trägern zu den grass roots folgen zu wollen.

Komplementarität, d.h. Ergänzung der Selbsthilfe-orientierten Bemühungen privater Träger, stellt die staatliche Entwicklungspolitik auch in Aussicht. Dazu, sagt sie, müsse sie über eigene Basiserfahrungen verfügen. Das mag oder oder mag nicht so sein. Man kann aber doch den Eindruck haben, daß die Diskussionen der an der Selbsthilfe-Orientierung Beteiligten sehr wenig von Fragestellungen der Komplementarität bestimmt sind und sehr stark vom Über-den-Zaun-Schauen, vom Sich-Anhängen und Kopieren.



Die Zielgruppe selbst ist dabei ein weitgehend unbekanntes Wesen, über welches die exotischsten Vorstellungen kursieren. ExpertInnen können auf internationalen Tagungen unwidersprochen von allerlei „natürlichen Eigenschaften" der Armen berichten: Ihre Bereitschaft zu experimentieren, da sie ja nichts zu verlieren haben, ihre Bereitschaft, sich in Gruppen zusammenzutun und miteinander zu teilen. Die Vorteile menschlicher Wärme unter den Armen wird im Vergleich zur Kälte der Reichen, den eigentlichen Armen, unterstrichen. Solche hilflosen Unterstellungen wären aus der Realität von Arbeit mit Marginalisierten leicht zu korrigieren (siehe z.B. Paul Kötter, Am Beispiel von Selbsthilfeprojekten in Jamaica, CONTRASTE Mai 87). Die das am ehesten könnten, nämlich die privaten Träger, tun es erstaunlicherweise am wenigsten. Es scheint, daß sie im grellen Licht des neuerlichen Interesses an ihrer Arbeit ihre eigenen Probleme, damit zugleich aber auch ihre realen Erfahrungen, nur sehr zurückhaltend mitteilen.

Wir haben Euch nicht helfen können

Das Schlagwort, unter dem die Selbsthilfe-Orientierung im BMZ läuft, heißt „Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe". Es gibt dort auch einen Denktank des gleichen Namens, dem äußerste Aufrichtigkeit des Bemühens keinesfalls abzusprechen ist. Und doch, läßt sich die Namensgebung nicht auch so lesen: Wir haben Euch in mehreren Entwicklungsdekaden mit unserer Entwicklungshilfe nicht helfen können. Im Gegenteil. Nun helft Euch selber. Wir, die wir mit unseren Strategien – jedenfalls mit denen, die uns nicht weh tun – am Ende sind, wollen Eure Strategien, die Euch das Überleben sichern, unterstützen. Die taten uns in der Vergangenheit nämlich auch nicht weh.

Es ist in dem Bemühen von Selbsthilfe-Orientierung viel von *Dialog* die Rede. Zurückliegende Entwicklungsdekaden werden im Nachhinein offenbar als eher monologisch gestaltet empfunden. Das ist sicherlich ein Fortschritt. Aber: Jetzt heißt es Armut und Arme. Das Wort „Marginalisierte" verwies noch auf das bewegende Zentrum. Armut ist eine überhistorische Kategorie, eine immer da gewesene soziale Befindlichkeit, von der bestenfalls moralische Beunruhigung ausgeht, die den so Bewegten adelt.



So hat die Entdeckung der Armut und der Armen etwas Berührendes und etwas Zynisches zugleich. Wo wir uns jahrzehntelang um Modernisierung „rückständiger" Lebensweisen sorgten, fragen wir nun nach den Trampelpfaden des informellen Sektors und hetzen Horden von ForscherInnen und ProjektsondiererInnen hinterher, meist in der Absicht, diese bislang vernachlässigte Ressource an die formale Ökonomie anzubinden. Chance? Für wen?

Wo wir vor Jahren noch lernten, über den Handwerker zu lachen, der die Notwendigkeit einer Sechs- bis Sieben-Tage-Woche (in seiner Lage!) nicht einsehen wollte, beklagen wir heute den Verlust traditioneller Werte, stöbern ihre Restbestände hektisch auf und bemühen uns um ihre – äußere – Reaktivierung.

Aber: Ist mit solcher Analyse und Polemik der Selbsthilfe-Orientierung genüge getan? Ist sie damit als systemfunktional „entlarvt" und kann ad acta gelegt werden? Keineswegs. Was ist denn die Alternative? Es ist mittlerweile durchaus gängig – sie machen es einem ja auch leicht genug – die Entwicklungspolitik in Grund und Boden zu kritisieren, in den Einzelheiten, im Ansatz, rundum. Und doch, es ist ja nicht primär die Entwicklungspolitik, die tödlich ist, sondern es sind die „Rahmenbedingungen". Selbst die gelungenste Entwicklungshilfe wird nichts anderes als „internationale Sozialarbeit" in einem neue Schäden herstellenden Weltzusammenhang sein können. Das sollte sie dann aber auch sein.

Hier hat trotz aller Nützlichkeiten und Mißbrauchsmöglichkeiten eine engagiert betriebene Selbsthilfe-Orientierung ihre wichtige Rolle.

Funktionalität bedeutet ja nicht notwendigerweise völlige Eingepaßtheit. Da liegt noch etwas dazwischen: Entscheidungen und Verhalten von Mit- oder eben Gegen-Spielern.

Sozialen Prozessen liegt eine Dynamik zugrunde, die nicht unbedingt identisch ist mit der gewünschten systemangepassten Gangart und Richtung. Mobilisierungen enthalten eine Dialektik, die sich jenseits des intendierten Gleichgewichtspunktes einpendeln kann. Kann, nicht muß. Das ist eine vage Hoffnung. Aber es ist angesichts des in den letzten 40 Jahren erlebten Nicht-Gelingens frontaler Kampfstrategien eine historisch nicht unsinnige Hoffnung. Zumindestens eine der wenigen verbleibenden. Wer mag heute wirklich noch mit dem heftig empfundenen Wind „historischer Wahrheit" die berühmte Machtfrage stellen? Wer kann es heute noch verantworten, Menschen zu solchem Risiko einzuladen? Die Stabilisierung einigermaßen kontrollierter Lebensprozesse indes enthält zumindest die Möglichkeit, der Großwetterlage auszuweichen, sie zu unterlaufen.

Es ist schon nicht wenig gewonnen, wenn die Strategien der Herrschenden nicht gänzlich greifen, wenn Gestaltungsräume offen bleiben. Über deren konkrete Ausformulierung sind wir heute, zurecht, sehr vorsichtig geworden.

Literatur:

Zu Teil I (abgedruckt in der letzten CONTRASTE)

(1) BMZ. Armutsbekämpfung durch Selbsthilfe. Ein Prozeß zur Ausrichtung des Instrumentariums der bilateralen deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf die Förderung von Selbsthilfe und die Erreichung armer Zielgruppen in der Dritten Welt. Bonn 1986.

(2) Örtliche Beschäftigungsinitiativen, verfaßt vom Centre of Employment Initiatives, London. EG Studie Nr. 82/7.

(3) Zitate von Brunhilde Peters, saarl. Arbeitsministerin (SPD)

(4) Ulf Fink, FR v. 13.6.85

Zu Teil II:

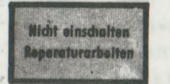
(1) Stenografisches Protokoll der 9. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 6.5.81, Bonn 1981

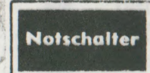
(2) DSE/GTZ. Fachseminar „Selbsthilfe in der ländlichen Entwicklung", Feldafing, Aug. 1983

(3) Ottfried C. Kirsch: Finanzierungsinstrumente und Selbsthilfeeinrichtung zur Förderung ärmerer Zielgruppen. Heidelberg 1984.



Haben Kollektive noch eine politische Berechtigung?

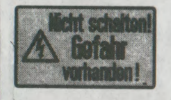


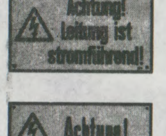


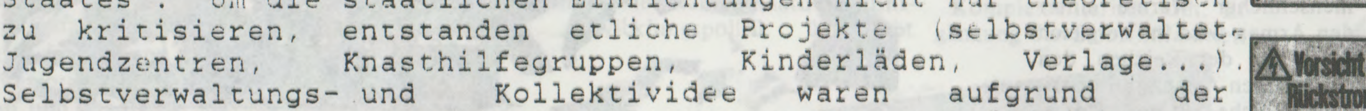












Die historischen Wurzeln für die sogenannte Alternativbewegung liegen abgesehen von der Entwicklung von Genossenschaften und der Frauenbewegung in der studentischen Protestbewegung Ende der 60er,Anfang der 70er. Die These, daß der Faschismus seine in dem durch Erziehung geprägten Charakter der Menschen hatte, führte zu der Schlußfolgerung, daß Veränderungen des privaten Bereichs in den politischen Kampf mit einbezogen werden muß: das Private ist politisch. Erster Kritikpunkt war die Familie als "Keimzelle des Staates". Um die staatlichen Einrichtungen nicht nur theoretisch zu kritisieren, entstanden etliche Projekte (selbstverwaltete Jugendzentren, Knasthilfegruppen, Kinderläden, Verlage...). Selbstverwaltungs- und Kollektividee waren aufgrund der sozialistischen Perspektive selbstverständlich.Durch Berufsverbote, schwarze Listen in Betrieben und Gewerkschaften und den staatlichen Repressionen im deutschen Herbst '77 wurde die Hoffnung auf eine baldige Gesellschaftsveränderung besiegelt.Wichtige Erfahrungen daraus waren zum einen, daß sich Denk- und Handlungsweisen in der breiten Bevölkerung nicht so leicht verändern lassen und zum anderen daß eine ständige Stellvertreter-Politik weniger überzeugend wirkt als die konsequente Durchsetzung eigener Interessen; viele kleine autonome Projekte entstanden.

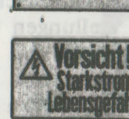
Weiterhin wurde auf einer sehr viel breiteren Basis klar, daß die Grenzen des Wachstums erreicht und überschritten waren. Es setzte in weiten Teilen der Bevölkerung ein Umdenkungsprozess ein, was den Begriff Lebensqualität betraf.

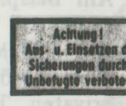
Alternative Projekte und selbstverwaltete Betriebe hängen mit den politischen Konflikten, die sich auf dieser Ebenen herausstellten eng zusammen. (Bürgerinitiativen, Anti-AKW-Gruppen, Frauenprojekte und -betriebe, Selbsthife-Gruppen im Wohnbereich...). Selbstverwaltete Betriebe entstanden aus dem Bedürfnis, selbstbestimmt und kollektiv zu arbeiten, das eigene Wirtschaften von Wachstums- und Profitorientierung abzukoppeln und an einer Bedürfnisstruktur einer Gesellschaft auszurichten, bei der sich die sozialen und ökologischen Folgen der Produktionsweise mit den gesellschaftlichen Kosten die Waage halten.

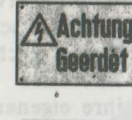
Nun entstehen aus den Ansprüchen einerseits und dem tatsächlichen Alltag andererseits enorme Spannungen. In den letzten Jahren ist von etlichen anfänglichen Maßstäben Abstand genommen worden, da sie sich in der Praxis als nicht realisierbar herausgestellt haben. Zudem wurden einige Ideen von der konservativen Seite aufgenommen, und unter deren Deckmäntelchen als preiswerte Selbsthilfe und flexible und dynamische Wirtschaftskraft verkauft. So können die Parteien den Eindruck erwecken, als hätten sie die Herausforderung durch die Alternativbewegung konstruktiv angenommen. Tatsächlich läßt sich dies jedoch eher beschreiben als eine komplexe staatliche Strategie ideologischer Repression und Kriminalisierung, selektiver Integration und symbolischer Reform.

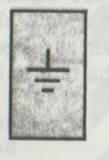
Erreicht hat die Alternativbewegung aber in jedem Falle, breite Kreise der Bevölkerung für die vorhandenen gesellschaftlichen Probleme zu sensibilisieren. Insbesondere im pädagogischen Bereich haben Veränderungen stattgefunden. Was die Betriebe und Projekte angeht, so hat ihre Existenz in den jeweiligen Bereichen zu wichtigen Veränderungen beigetragen. Ein weiteres Feld an kollektiver und individueller Lebensgestaltung wurde möglich.

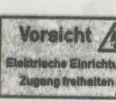


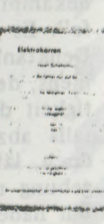


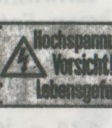




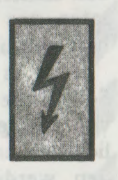




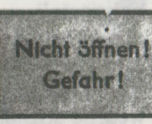


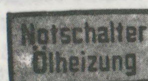


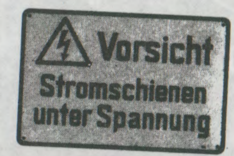






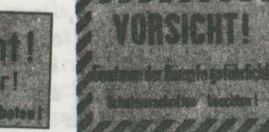




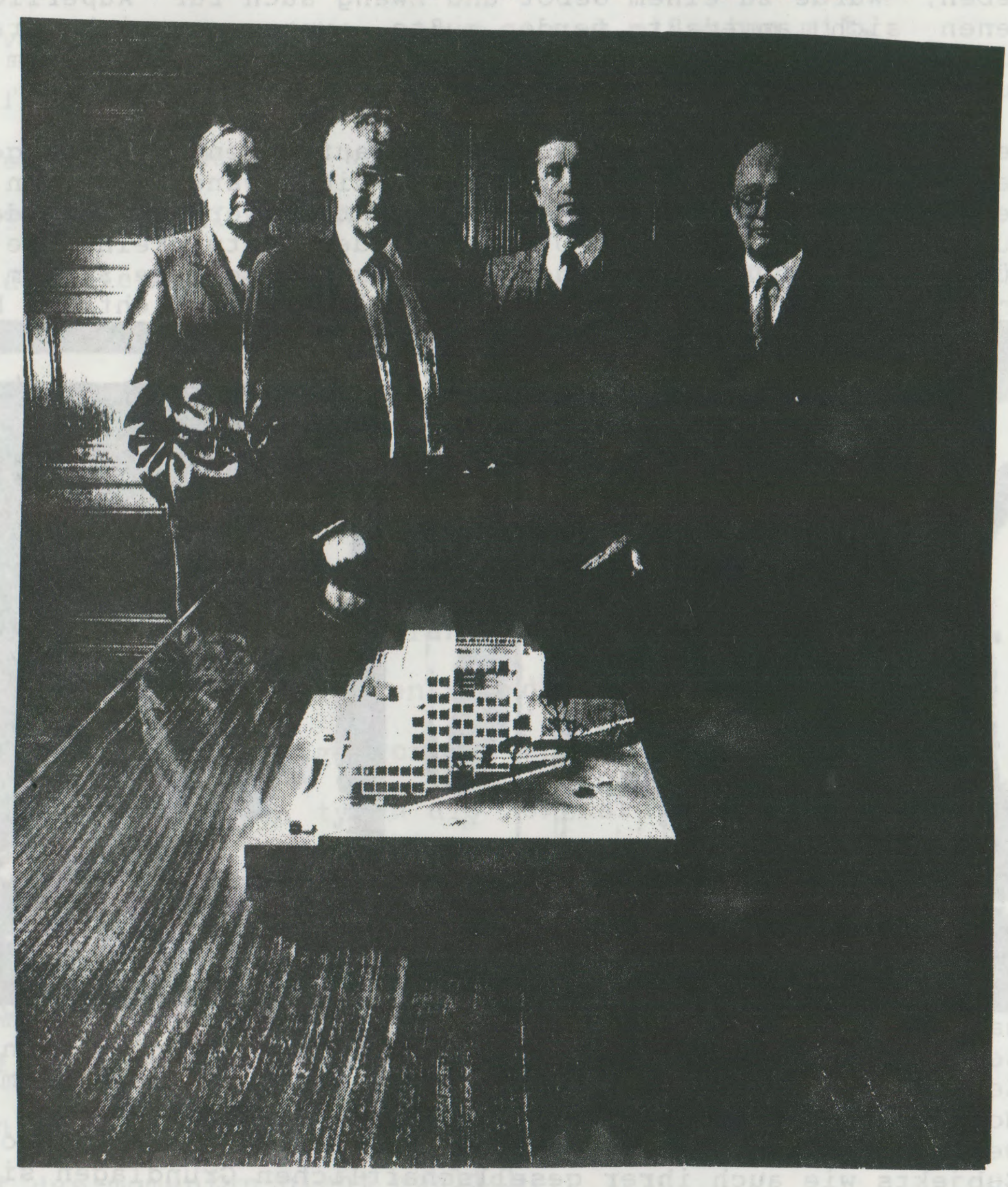






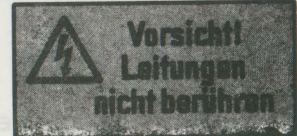


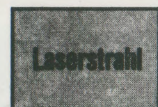
Wie ist es möglich, daß sich aus spannenden Ansätzen, neuen Lebensversuchen, Vernetzungsgedanken u.s.w. vereinzelte Projekte herausgebildet haben, und die Frage nach einer politischer Berechtigung gestellt werden muß?
Aus dem anfänglichen Übergewicht der Intellektuellen folgte ein Übergewicht der Pragmatiker. Intellektuelle Auseinandersetzungen wurden immer ausschließlicher auf dem eigenen Überlebensniveau geführt - Finanzierungsmodelle, Betriebs- und Vereinsstrukturen... - der radikale Schwung gesellschaftlicher Befreiungsvorstellungen fehlte mehr und mehr. Die radikale Gesellschaftskritik, die ursprünglich Motivation für die Entstehung der Kollektive und somit für alle gemeinsamer Hintergrund war, ist kaum noch bewußt. Die Kritik blieb abgehoben und machte es möglich, die Dominanz des Alltags zuzulassen; Realität und Ansprüche gingen immer weiter auseinander.

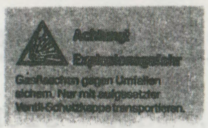


Um von einer integrierenden wieder zu einer verändernden Kraft zu werden, muß die Kritik rekapituliert werden und die Erfahrungen der letzten Jahre miteinfließen.
Ausgehend vom Ansatzpunkt, daß eine Verbindung von Theorie und Praxis aufgezeigt werden soll, und der Erkenntnis, daß das "Private" politisch ist, greift eine Kritik an der Entsolidarisierung und Privatisierung der Kollektive zu kurz, wenn persönliches Versagen einzelner zugrundegelegt wird. Würden dieselben Strukturen mit anderen "besseren" Menschen erneut versucht, ergäbe sich die Gefahr einer permanten Wiederholung aller Fehler.

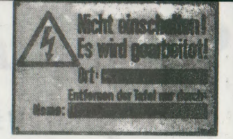












Die allmähliche Aufgabe der unterschiedlichsten Ansprüche, die aus der linken Geschichte der letzten Jahre resultieren, hat ihre Ursache in der Nichtlebbarkeit dieser Ansprüche. Das Dilemma ist, daß genau diese Ansprüche nicht anhand der Machbarkeit in der bestehenden gesellschaftlichen Realität diskutiert und modifiziert werden. Sie blieben ausserhalb der tatsächlichen Situation bestehen, als täglich schlechtes Gewissen, als unantastbares Über-Ich. Einzelne entfernten sich mehr und mehr von diesen Ansprüchen; sie entschieden für sich privat, daß der Anspruch zwar gut ist, sie selbst diesem aber nicht standhalten, sich also gezwungenermaßen klammheimlich dazu entschieden für sich allein eine Existenz ausserhalb dieser Ansprüche zu leben. Der Versuch politische Arbeit und Privatleben als eine Einheit zu leben, wurde zu einem Gebot und Zwang auch für Äußerlichkeiten, denen sich angepaßt werden mußte, wenn man nicht rausfallen wollte. Das Nichtgelingen der privaten Utopie führte zum Abschied auch von den politischen Utopien.

Bezugnehmend auf das Wiederaufkeimen althergebrachter Revolutionstheorien muß zunächst die eigene Situation in der jetzigen Gesellschaft wieder bewußter werden, um davon ausgehend neue Ziele und Utopien wiederzuentwickeln. Die Motivation für politischen Widerstand gegen das herrschende System hat sich im letzten Jahrhundert erheblich verändert. Nicht der Mangel an



materiellen Grundbedürfnissen ist Ursache sondern immaterielle Bedürfnisse wie Sinn von Arbeit, Gleichberechtigung, Konsumterror, Zerstörung der Umwelt, Kriegsgefahr... zudem kommt diese Motivation nicht von einer gesellschaftlichen Gruppe.
Der Anspruch einer Revolutionstheorie, die sich sowohl ihres Subjekts wie auch ihrer gesellschaftlichen Grundlagen sicher ist, ist überholt.
Öffentliche Auseinandersetzungen über unsere jetzige Situation wären ein Schritt in die ursprüngliche Richtung des Infragestellens unserer Ansprüche. Sie würden außerdem eine bewußte Bereitschft zur Unterstützung politischer Bewegung durch Kollektive (Infrastruktur) fördern.
Der Anfang kann eine Beteiligung an der IWF-Kampagne sein.



Haupt-Kranschalter


Unbefugten,
auch Betriebsangehörigen,
ist das Betreten der
Kühlräume nicht gestattet.


Aufenthalt
im Schwenkbereich
verboten!

DER FEIND MEINER FEINDE IS NOCH LANGE NICH AUF MEINER SEITE

Am 11.6. gegen 11^{30} haben die bullen die metallzäune bei mauer 1 neu aufgebaut und die büsche dahinter weggesägt. nachdem ein paar leutchen mit haßkappen die bullen mit farbeiern bedachten, zogen die pigs sich zurück. nur einer von uns meinte danach noch gegen die hinter dem zaun stehenden pigs mit dem knüppel vorgehen zu müssen. andere von uns ließen sich anmachen und mischten mit. steine flogen auch. wie vorher auch schon war .... mit einem nagelbewehrten knüppel dabei, unvermummt.

ES KOTZT MICH TOTAL AN, wenn einige hier aufm dreieck meinen die plenumsbeschlüsse sind nur soviel scheiße wert, wie in die bullenmütze gepaßt hat!

AUTONOM zu sein, heißt nicht nur sich seine/ihre freiheit zu nehmen, sondern auch kollektiv verantwortung zu übernehmen, politisch zu handeln.

auf provos der bullen wie auf knopfdruck zu reagieren; sich wehrsportmäßig aufzuführen; sich in unserer situation mit nagelknüppel zu bewaffnen und damit vor den kameras der presse gegen die pigs vorzugehen; sich aufputschen zu lassen, von einigen typen die den hardcore raushängen lassen wenn die bullen auf der anderen seite des zauns stehen ist nicht nur politisch schwachsinnig, sondern

<u>KONTERREVOLUTIONÄR!</u>

ich will an der richtigen stelle, zur richtigen zeit kämpfen, mit menschen die dasselbe wollen. auf dem dreieck ist das momentan nicht möglich.

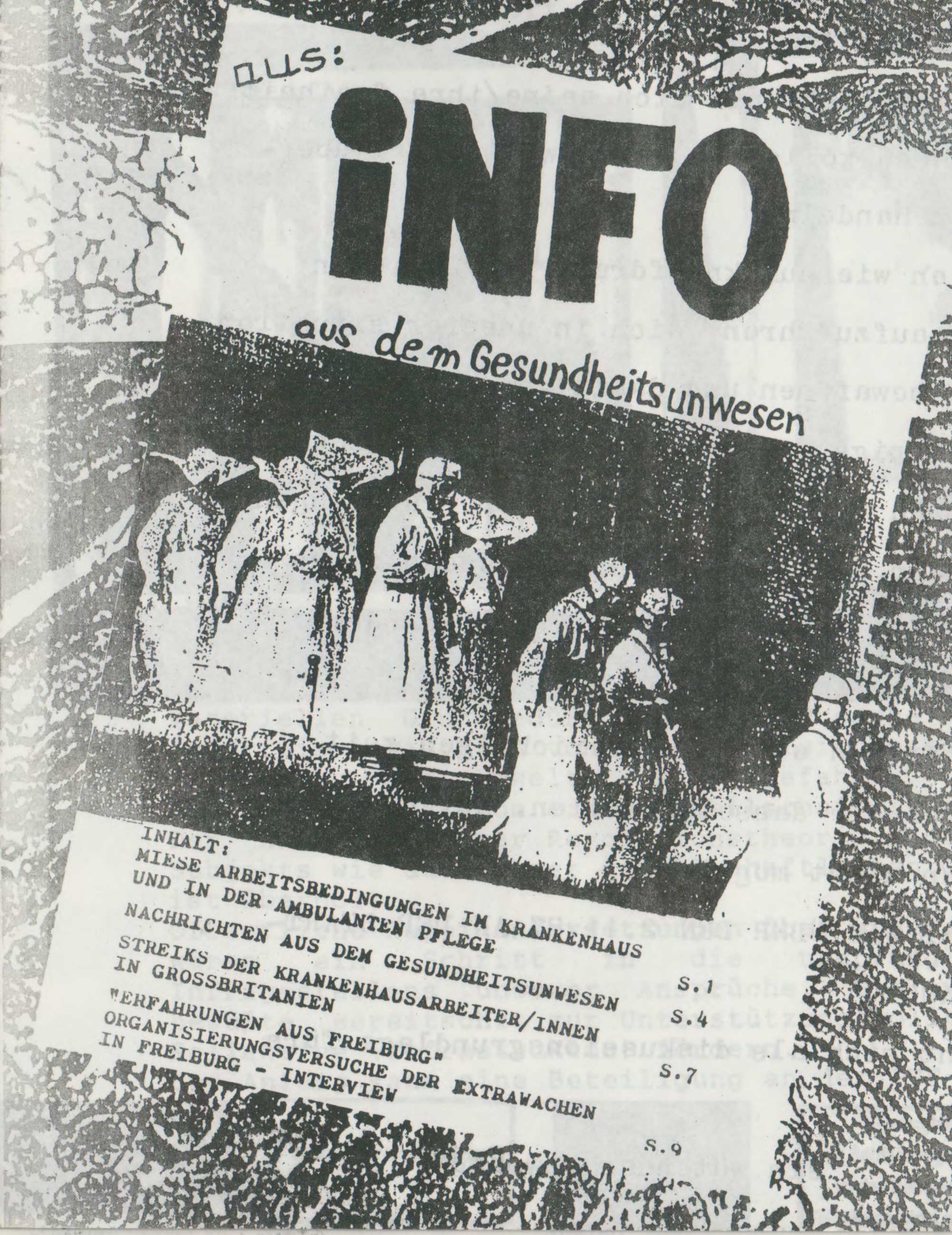
LEST VERDAMMTNOCHMAL WAS ÜBER DEN 2.11.87 AN DER STARTBAHN UND LERNT DARAUS!

dieses flugi versteht sich als diskussionsgrundlage fürs plenum.

ein wütender bewohner

"Kostenexplosion im Gesundheitswesen", "medizinische Überversorgung", "Luxusmedizin", - das sind die Schlagwörter, mit denen seit Mitte der 70er Jahre, die Einsparungen in der öffentlichen Krankenversorgung begründet werden. Von "Luxusmedizin" haben wir ArbeiterInnen im "Gesundheitsbereich" allerdings noch nichts gemerkt. Unsere Arbeitsbedingungen waren noch nie besonders rosig. Im Gegenteil. Ständiger Personalmangel, Arbeitshetze, Überstunden, Nacht- und Schichtarbeit, körperliche und psychische Extrembelastung bei der Krankenpflege waren schon immer das Besondere an diesem Beruf. Nach wenigen Arbeitsjahren haben viele ihren Bandscheibenschaden oder leiden an ständigen Muskelverspannungen durch schweres Heben und Tragen. Wer von uns kennt nicht die häufigen Magenbeschwerden, die Schlafstörungen nach der Nachtschicht oder die Gereiztheit vieler KollegInnen. Die seit Jahren laufenden Bettenreduzierungen, Personalstreichungen, Rationalisierungen und Auslagerung vieler Arbeiten aus dem Krankenhaus verschärfen unsere Arbeitssituation immer mehr.

Im Krankenhaus rennen wir uns die Hacken ab, damit das Arbeitspensum bis zur Schichtübergabe geschafft ist. Morgens um 2-3 Uhr wecken wir die Patienten aus dem Tiefschlaf, damit wir bis zum Schichtende mit dem Wa[illegible]en fertig werden. Die Situation auf den Stationen ist oft so katastrophal, daß eine angemessene Pflege überhaupt nicht mehr zu leisten ist. Wir fertigen nur noch fließbandmäßig ab und machen nur noch das Notwendigste. Unsere Arbeit wird immer extremer dazu funktionalisiert, Kranke möglichst schnell wieder arbeits- und sozialfähig zu machen, oder die nicht mehr Verwertbaren auszusondern. Schwerkranke alte Patienten werden oft liegengelassen, weil einfach keine Zeit mehr da ist. Die Verantwortung- und Mitgefühl gegenüber den kranken Menschen wird in den Krankenhäusern und Altenpflegeheimen dazu benutzt, um aus uns noch mehr Arbeit herauszuholen.



Für viele PflegerInnen sind die Bedingungen so unerträglich geworden, daß sie die Arbeit hinschmeißen und versuchen, irgendetwas anderes zu machen. Teilzeitarbeit, Weiterbildung, einen anderen Job suchen, oder durch Höherqualifizierung noch etwas aus der beschissenen Arbeitssituation zu machen versuchen ... auf diese oder andere Arten versuchen viele KollegInnen, vor der Überlastung und vor frühzeitigem Verschleiß durch die Arbeit zu fliehen. Manche PflegerInnen haben auch schon einiges versucht und kommen inzwischen wieder ins Krankenhaus zurück: "Woanders sind die Bedingungen noch beschissener!".

Die viel gepriesene Alternative der **häuslichen Krankenpflege**, wo "innerhalb der Familie", "selbstbestimmt" die Kranken versorgt werden sollen, muß dafür herhalten, daß im Krankenhaus Betten und Personal abgebaut werden (seit 1978 in Berlin 2 858 Betten; bis 1992 sollen weitere 2 477 Betten gestrichen werden). Die Hauskrankenpflege wird von privaten Sozialkonzernen oder Subunternehmen organisiert. Für die Leute, die dort arbeiten heißt das in der Regel ungesicherte Arbeitsverhältnisse und schlechtere Bezahlung.

Mit Honorarverträgen oder auf Subunternehmerbasis, bei ungarantiertem Einkommen, ständig variablen Arbeitszeiten, weder kranken- noch arbeitslosen- oder rentenversichert, ist die ambulante Pflege der billige Ersatz der stationären Krankenversorgung im Krankenhaus geworden. Arbeitszeiten von manchmal 12 Stunden ohne Pausen, keine Überstunden-, Nachts- oder Feiertags-Zuschläge, oder keine Bezahlung der langen Fahrzeiten ist in der Haus-(Kranken-)Pflege vielfach üblich.

Und häufig ist die Situation der Kranken zuhause so miserabel, daß die wenigen bezahlten Stunden gar nicht ausreichen, um die hilfsbedürftigen Menschen angemessen zu betreuen. Oft leistest du als HauspflegerIn noch zusätzlich unbezahlte Arbeit, damit die Kranken oder Alten mit dem Notwendigsten versorgt sind. Erforderliche Pflegemaßnahmen oder wichtige Pflegemittel werden von den Krankenkassen einfach nicht mehr bezahlt, und das Elend von nun ab isoliert zu Hause verwahrt, während du dich abrackerst, um noch das Beste daraus zu machen.

Wir können uns wehren, wenn wir uns organisieren.

Allein zu lamentieren, daß alles schlechter wird, nützt auch nichts. Klar machen es unsere Arbeitsbedingungen schwierig, uns zusammenzusetzen und Möglichkeiten zu entwickeln Widerstand zu leisten. Doch können Krankenhausverwaltungen, staatliche Sozial-und Finanzplaner nur so lange sparen, wie wir aus uns Mehrarbeit herauspressen lassen und die PatientInnen die miesen Bedingungen in der Krankenversorgung akzeptieren. Aus Freundlichkeit werden uns die Wölfe nicht einladen, ihnen die Zähne zu ziehen.

Im Krankenhaus: Zum Beispiel könnten wir doch die ganze Arbeit, die mit der pflegerischen Versorgung direkt nichts zu tun hat, einfach verweigern. Viel von dem ganzen Schreib- und Verwaltungskram benötigt eine Menge Arbeit und ist sowieso nur dazu da, die Kranken und uns besser zu kontrollieren. Ein gewichtiger Teil unserer Arbeit sind Tätigkeiten, die die Ärzte machen müßten (i.v.-Spritzen, Blutentnahmen, etc.), oder die in den Bereich der Ver- und Entsorgungsarbeiten fallen. Ebenso könnten wir die ganzen Überstunden verweigern. Damit der Laden überhaupt läuft, übertreten wir tagtäglich die Richtlinien der Krankenhaushygiene, oder müssen Grundsätze der Krankenpflege mißachten. Wieso sollten wir nicht einfach Dienst nach Vorschrift machen und jegliche Verantwortung für die desolate Situation in den Krankenhäusern ablehnen....?

In der ambulanten Pflege: Wir müßten uns überhaupt mal treffen, weil die meisten von uns in ner völlig isolierten Situation arbeiten, manchmal kennen sich nicht mal die zwei, die denselben Patienten pflegen. Wir müßten uns austauschen über unsere Arbeitsbedingungen, und überlegen, welche Kampfmöglichkeiten wir haben. Rausfinden, wie wir die anderen HauspflegerInnen ansprechen können, und wie alle in der Krankenversorgung Arbeitenden sich gegenseitig unterstützen können ....

Treffen von ArbeiterInnen im "Gesundheitsbereich"

Vor ein paar Wochen haben ArbeiterInnen in der Krankenversorgung angefangen, sich regelmäßig zu treffen, über ihre Situation zu reden, über die Sachen, die gerade auf uns zukommen (Wie sehen die Sparpläne aus? Was steckt hinter den Umstrukturierungsplänen in der öffentlichen Krankenversorgung? Wessen Interessen werden hier verfolgt? Was passiert mit uns? Gibt es andere Möglichkeiten als die herrschende Medizin? ...)... vor allem aber wollen wir darüber reden, wie wir uns wehren können, wie wir gemeinsam kämpfen können.

Treffpunkt
Cuvrystr.22
1/36
16[00] h

Die nächsten beiden Treffen sollen über folgendes gehen:

Am 11. Juni über Krankenhausfinanzierungsgesetz u.ä. unter dem Motto: Was haben sich die Umstrukturierer vorgestellt?

Am 25. Juni über die Arbeitsbedingungen in der Ambulanten Pflege: Wie hat sich das entwickelt, welche Funktion hat sie für den gesamten "Gesundheitsbereich", wie können wir uns zusammenschließen.

Probleme in Arbeitsrechtsfragen (gerade die völlig ungarantierte Situation vieler Extrawachen oder Honorarkräfte führt oft dazu, daß die Arbeitgeber glauben, sie könnten sich alles rausnehmen ...).

Außerdem sind wir am Überlegen, wie wir mehr KollegInnen erreichen können. Zu diesem Zweck wollen wir in Zukunft eine kleine, regelmäßig erscheinende Zeitung machen (das, was du gerade in Händen hältst, ist eine kleine Vorform). Dazu wollen wir auch eine "Infostelle" einrichten, wo wir alle Infos aus dem Berliner Gesundheitsbereich sammeln:

Konflikte, Nachrichten über Arbeitsniederlegungen, bevorstehende Veränderungen, wenn mal irgendwo wieder eine besondere Sauerei läuft,

Wir freuen uns über jede Mitarbeit. Wenn ihr etwas von Konflikten, Arbeitsniederlegungen, Umstrukturierungsmaßnahmen, vom alltäglichen Kleinkrieg gegen die Arbeitshetze oder anderen Schweinereien mitbekommt, teilt sie uns mit. Ihr könnt uns auch Berichte oder Manuskripte über das GesundheitsUnwesen oder euren Arbeitsbedingungen schicken. Wenn ihr Interesse an der Mitarbeit oder der Verteilung des Infos habt, wendet euch an folgende Anschrift:
K.Schulze Reichenbergerstraße 30

3 monate vor beginn des iwf/wb-kongresses in berlin zeigt sich, daß die inhaltliche neuorientierung und breite diskussion unserer theorie u. praxis, die wir mit der anti-iwf u. wb kampagne wollten, ziemlich am anfang stehen.

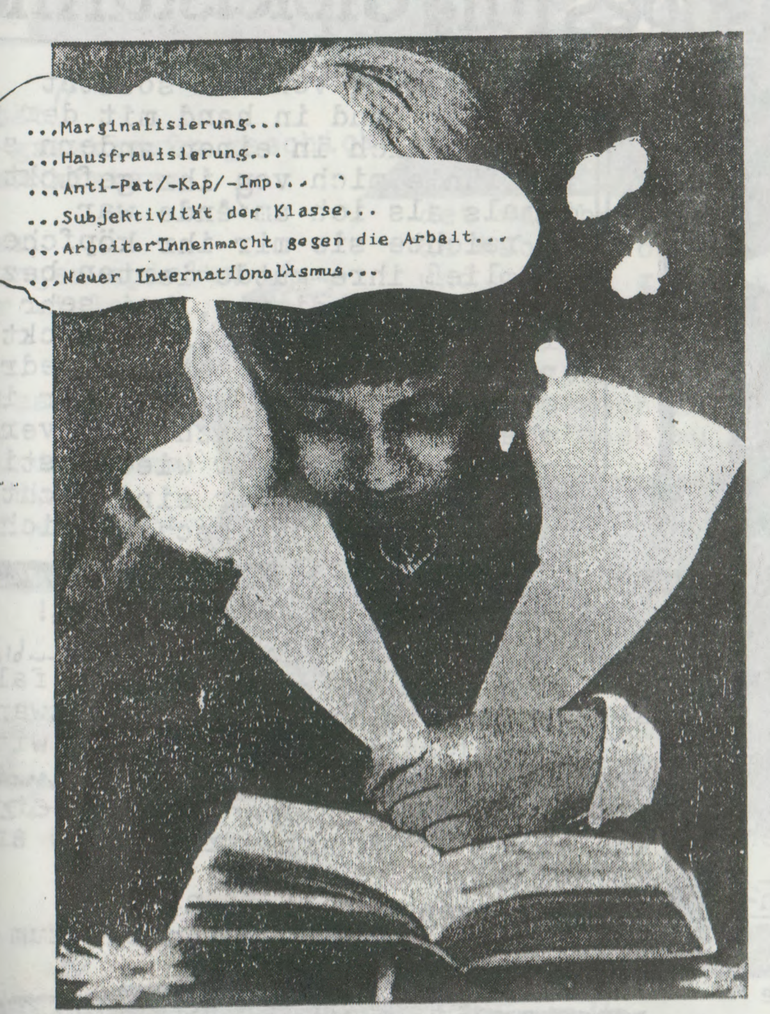
wir arbeiten als frauen u. männer getrennt. Es gibt dienstags ab 18.00 Uhr das frauenarchiv u, mittwochs von 16.00 - 19.00 ein gemischtes iwf-archiv.

Wir hatten uns vorgestellt, das frauen u. männer aus verschiedenen gruppen, die mit de kampagne was zu tun haben, mit ihren texten kommen, ihre privat-archive öffentlich mache u. den papiertiger als eine chance nutzen, das alle einen ähnlichen diskussionsstand kriegen u. bisherige erfahrungen für alle nutzbar machen. Es war als weg gedacht, die ergebnisse mehr oder weniger isoliert arbeitender gruppen für eine organisierung zu nutzen u. zu verhindern, daß sie verloren gehen, wie so oft in unserer geschichte, oder auf die wenigen leute beschränkt bleiben, von denen sie kommen.

Für uns heißt`s da, tief luft holen (damit sie nicht nach dem september raus ist) und schon jetzt ne perspektive über den kongreß hinaus zu entwickeln, damit die bisherigen ansätze ein anfang sind u. nicht eine episode, die vor dem abschluß steht. Seit ein paar monaten haben sich frauen aus dem autonomen anti-iwf-plenum u. männer aus dem autonomen anti-iwf-plenum in`s papiertiger-archiv eingeklinkt.

Anders als ein buchladen kann ein linkes archiv nicht als bloßer dienstleistungsbetrieb (frauen u. männer gucken was da ist, finden´s dünne oder chaotisch u. gehen wieder) funktionieren. Nur wenn viele bei ihrer kontinuierlichen auseinandersetzung mit texten das archiv im hinterkopf haben, u. sich immer wieder an der konzeption beteiligen, kriegt der papiertiger zähne....!

WISSEN FÜR DEN UMSTURZ



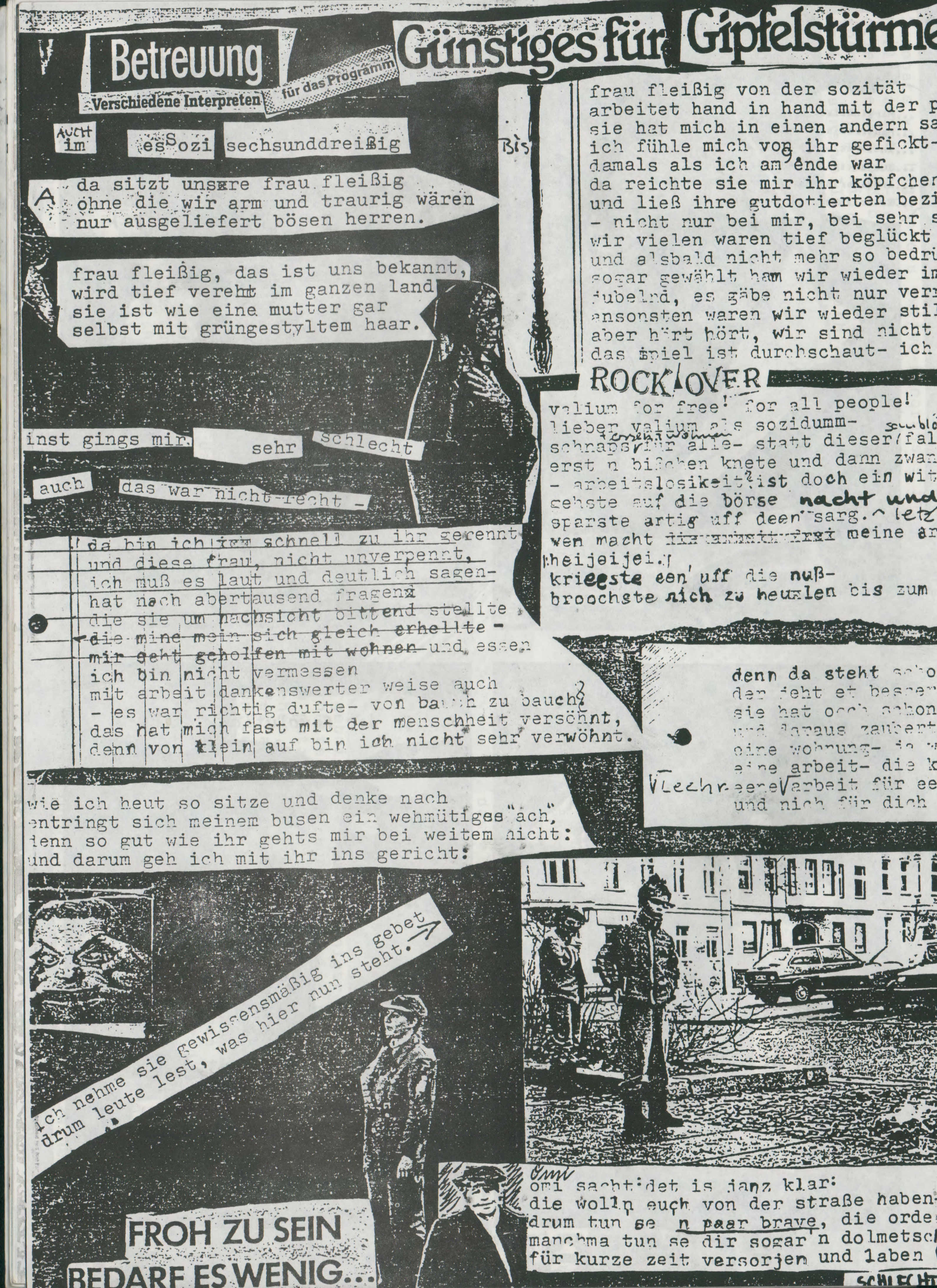






Papiertiger

Bibliothek & Archiv
Cuvrystr.25
1000 Berlin 36
☎ 6183051



Betreuung

Verschiedene Interpreten für das Programm

Günstiges für Gipfelstürmer

auch im esSozi sechsunddreißig

A da sitzt unsere frau fleißig
ohne die wir arm und traurig wären
nur ausgeliefert bösen herren.

frau fleißig, das ist uns bekannt,
wird tief verehrt im ganzen land
sie ist wie eine mutter gar
selbst mit grüngestyltem haar.

inst gings mir sehr schlecht
auch das war nicht recht -

da bin ich schnell zu ihr gerennt
und diese frau, nicht unverpennt,
ich muß es laut und deutlich sagen-
hat nach abertausend fragen
die sie um nachsicht bittend stellte
die mine mein sich gleich erhellte -
mir geht geholfen mit wohnen und essen
ich bin nicht vermessen
mit arbeit dankenswerter weise auch
- es war richtig dufte- von bauch zu bauch?
das hat mich fast mit der menschheit versöhnt,
denn von klein auf bin ich nicht sehr verwöhnt.

Bis

frau fleißig von der sozität
arbeitet hand in hand mit der p
sie hat mich in einen andern sa
ich fühle mich von ihr gefickt-
damals als ich am ende war
da reichte sie mir ihr köpfchen
und ließ ihre gutdotierten bezi
- nicht nur bei mir, bei sehr s
wir vielen waren tief beglückt
und alsbald nicht mehr so bedrü
sogar gewählt ham wir wieder im
jubelnd, es gäbe nicht nur verr
ansonsten waren wir wieder stil
aber hört hört, wir sind nicht
das spiel ist durchschaut- ich

ROCK OVER

valium for free! for all people!
lieber valium als sozidumm-
schnaps für alle- statt dieser fal
erst n bißchen knete und dann zwan
- arbeitslosikeit ist doch ein wit
gehste auf die börse nacht und
sparste artig uff deen sarg. letz
wen macht ~~frei~~ meine ar
heijeijei.
kriegste een' uff die nuß-
broochste nich zu heulen bis zum

wie ich heut so sitze und denke nach
entringt sich meinem busen ein wehmütiges "ach",
denn so gut wie ihr gehts mir bei weitem nicht:
und darum geh ich mit ihr ins gericht:

denn da steht scho
der jeht et besser
sie hat och schon
und daraus zaubert
eine wohnung- in
eine arbeit- die k
Vlechr eene arbeit für ee
und nich für dich

ich nehme sie gewissensmäßig ins gebet
drum leute lest, was hier nun steht.

FROH ZU SEIN
BEDARF ES WENIG...

omi sacht: det is janz klar:
die wolln euch von der straße haben-
drum tun se n paar brave, die orde
manchma tun se dir sogar n dolmetsch
für kurze zeit versorjen und laben

SCHLECHT

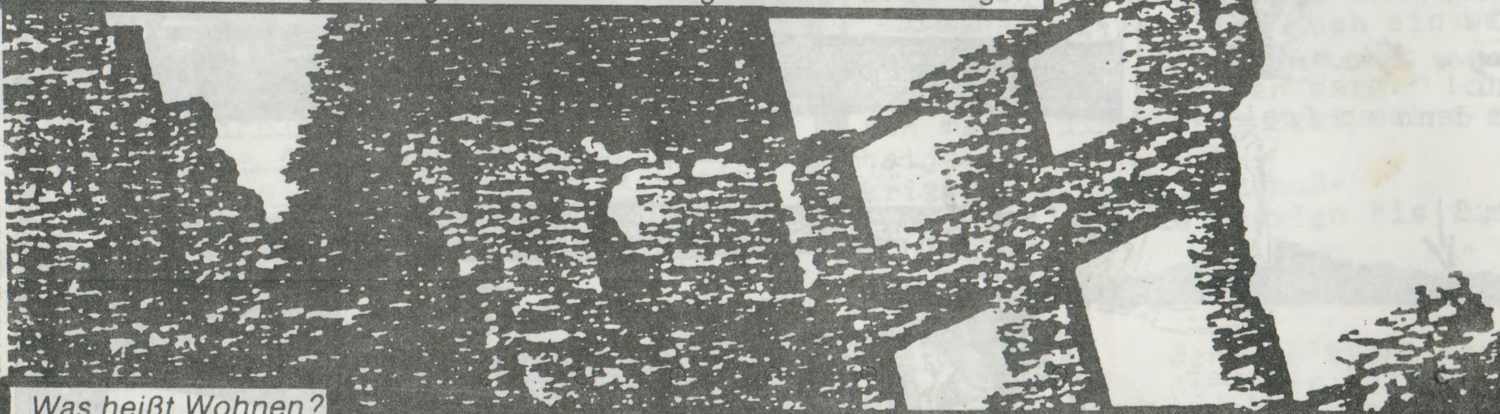

det war bei mir früher die fürsorje gewesen
da hab ich ooch ma n paar takte uff „spesen...
und gleich gedacht, so wärs nu jut-
doch icke blieb denn uff der hut-!
denn ich wußte, die leben dort von meinem geld
und was sie mir geben in diesem leben
hab ich auch erarbeitet, mein kind-
hör mir noch zu, ich sags dir geschwind:
frau fleißig ernährt sich vom gleichen staat
der wir arbeiterinnen nicht brauchen-
sie ist eins von den hübschen sauberen frauchen
die, ambulanz bei fuß, vollgefressen im warmen
auf die kriegsschäden warten
nur die mit den „halbwegs guten" karten
BIS HIN ZUM SELBSTMORD
merke: erst verwehren sie dir alles und dann nehmen sie dir den rest
und tun so, als hättst weder du, noch deine mutter, noch dein
vater je etwas für die gemeinschaft getan und dann geben sie dir
die möglichkeit, dir ein zipfelchen lebensqualität zu
ergattern - damit du ihnen nicht aufs maul schlagst - und der tresen, an dem du da herumstammeln sollst,
heißt: sozi, esso 36, kirche, winterhilfswerk, fürsorge, entwicklungshilfe; jedem stammpublikum sein spezifischer verteiler-
aparat- und immer nur so viel, damit wir hier keine öffentlichen
vernichtungslager mehr brauchen. und die Rente der vereins-
kassenwärterinnen nicht gefährden.
FESTE FEIERN BIS SIE FALLEN
DIE ENTERBTEN
geschickt
dar
ungen spielen
r vielen.
staat-
und stummm
dumm!
f es laut:
arbeit:
it denn so frei
schluß
eene schwester
s dir mein bester
köfferchen dabei
e einszweidrei
ar, die denn davor
mir och nis ans ohr!
anzet halbet jahr
eene, für die janze schar!
ntlich antworten können -
gönnen -

MieterInnen-Flugschrift Nr. 1



Wir sind eine Neuköllner Initiative, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, Wohnungs- und Mietkampf im Rahmen von Stadtteilarbeit zu organisieren. Unter anderem wollen wir dabei Flugblätter und Plakate verteilen, die der Information dienen sollen sowie der Kommunikation untereinander. Nur wenn wir uns selbst organisieren, haben wir eine Chance, der gegen uns gemachten Politik etwas entgegenzusetzen.

Das fängt bei den unverschämten Mieterhöhungen an und geht weiter mit der Aufhebung der Mietpreisbindung 1988, deren volle Wucht uns erst 1992 treffen soll, wenn nämlich Mieterhöhungen in beliebiger Höhe möglich werden. Schon jetzt steigt die Zahl der Zwangsräumungen durch das Bezirksamt, während sich in unserem Stadtteil mehr und mehr Sexshops und Spielhallen einnisten, weil sie mehr Profit abwerfen. Zu diesen verschiedenen Themen - Mieten und Stadtteil - werden wir in unregelmäßigen Abständen Flugblätter herausbringen.



Was heißt Wohnen?

Wir begreifen Wohnen immer noch als Existenzrecht und nicht als irgendeine Ware. **Es ist eine der Grundlagen, um überhaupt unter menschenwürdigen Bedingungen leben zu können und darf sich daher nicht an den Profiten einiger Weniger orientieren.** Vielmehr ist Wohnen eine existenzielle Notwendigkeit (schließlich brauchen wir unser Dach über'm Kopf) und es ist unser Interesse, unsere Wohnungen nach unseren Vorstellungen zu verteilen und zu organisieren.

Das heißt für uns auch, die Wohnung als Herrschaftsraum von Männern gegen Frauen zu thematisieren. Wir wollen und müssen uns Gedanken machen über Gewaltverhältnisse und über die angebliche ‚Aufgabe' der Frauen, in der Wohnung arbeiten zu müssen und zugleich noch die Arbeitskraft der Männer wieder instandzusetzen.



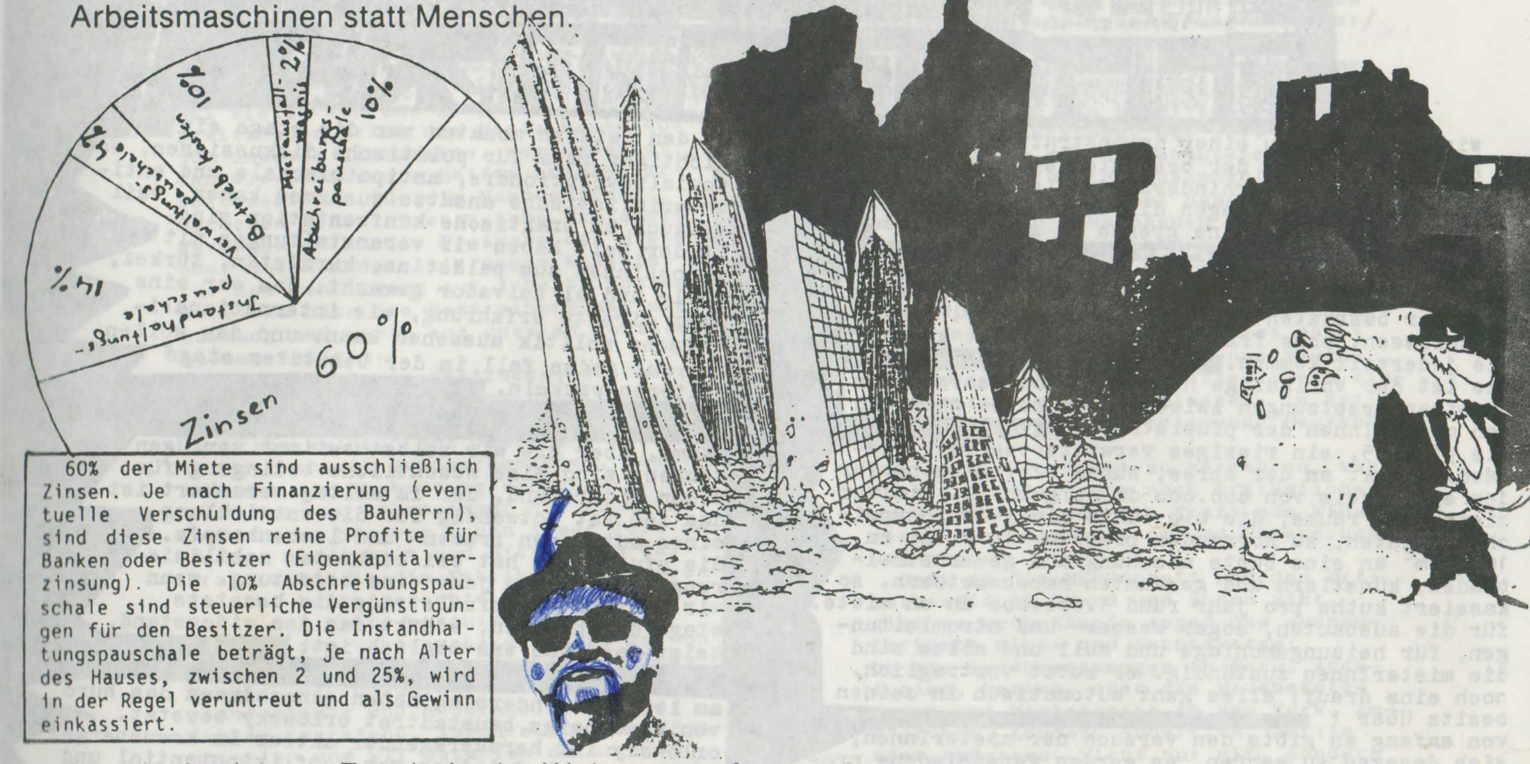
Wohnen ist Menschenrecht und für Menschenrecht wird nicht bezahlt! Bestenfalls noch dürfte der Preis für's Wohnen sich an den Instandhaltungskosten des Hauses orientieren.

Und dabei haben wir noch gar nichts dazu gesagt, **wie** denn unsere Häuser und Wohnungen aussehen, **was**, ohne uns zu fragen, aus unseren Stadtteilen gemacht wird, und - nicht zuletzt - **wer** daran verdient:

Denn eben die Geldsäcke sind es, mit denen wir uns auseinanderzusetzen haben: Damit Vermieter, Spekulanten, Banken dicke absahnen können, zahlen wir ein Drittel unseres Lohnes und mehr. Doch das ja nicht allein: Es sind die hier und in Bonn Regierenden, die den Unternehmen, von denen sich manche gar ‚gemeinnützig' nennen (etwa Neue Heimat, Wohnungsbaugesellschaften), die die Rahmenbedingungen für ihre Profite schaffen. Genau das ist auch der Konflikt: Profite an unseren Interessen vorbei oder direkt dagegen.

Dabei ist es dann zunächst auch völlig gleichgültig, ob wir die Profitmacherei am Aufbau der Häuser erkennen,

- etwa, wenn wir an die Hochhausghettos am Stadtrand denken, in denen möglichst viele von uns auf engem Raum zusammengepfercht optimalen Profit abwerfen und – hurtig, hurtig – von der Trabantenstadt über die Stadtautobahn zur Arbeit kommen sollen und
  wenn wir an die zum Teil schlecht ausgestatteten und insbesondere nach der Aufhebung der Mietpreisbindung stark verteuerten Altbauwohnungen denken (im Durchschnitt 21 %).
  Arbeitsmaschinen statt Menschen.



60% der Miete sind ausschließlich Zinsen. Je nach Finanzierung (eventuelle Verschuldung des Bauherrn), sind diese Zinsen reine Profite für Banken oder Besitzer (Eigenkapitalverzinsung). Die 10% Abschreibungspauschale sind steuerliche Vergünstigungen für den Besitzer. Die Instandhaltungspauschale beträgt, je nach Alter des Hauses, zwischen 2 und 25%, wird in der Regel veruntreut und als Gewinn einkassiert.

oder, ob sie sich am Zuschnitt der Wohnungen festmacht,

- etwa, wenn wir an den Kleinfamilienzuschnitt unserer Wohnungen nach DIN-Norm denken, bei der der ‚Arbeitsplatz Küche' die Durchschnittshausfrau zur Maschine degradieren will, die Männer dagegen – wo möglich – noch umhegt und den Kindern keine Entfaltungsmöglichkeit läßt.
  Wohnwabe statt Lebensraum.

oder, ob sich die Profitmacherei im Stadtteil entlarvt

- etwa, wenn statt massenhafter Vertreibung aus dem Stadtteil nun angebliche ‚Wohlstandsinseln' mit Boutiquen, Schicki-Läden und Sex-Shops entstehen, die ‚den Laden um die Ecke' vernichten und aus Neukölln den ‚schön geschminkten Slum' machen.
  Yuppie-Image statt BewohnerInnen-Orientierung.

oder, ob Profitmacherei und Staatskontrolle Hand in Hand gehen,

- etwa, wenn zur Herrschaftssicherung (präventive Aufstandbekämpfung) Straßen so gebaut werden, daß genau zwei Wasserwerfer Platz haben, die Kinder aber keinen Platz zum Spielen, oder das BKA (Bundeskriminalamt) mit Architekten Häuser und Städte plant, um jedwedes ‚abweichende' Verhalten einzukreisen.
  Stadtknast statt Stadtteil für uns.

OHNE UNS!

Wir werden zu diesen Sachen in Zukunft noch mehr und Genaueres schreiben. Für uns ist hier zunächst wichtig gewesen, herauszuarbeiten, daß Wohnen von uns immer im Zusammenhang mit Existenzrecht gedacht wird und Profitmacherei dem genau entgegensteht.
Mieterhöhung und fehlende Selbstbestimmung sind Ausdruck des momentanen Kräfteverhältnisses und keinesfalls Grund zu resignieren. Stilles Jammern hat noch nie geholfen. Organisieren wir uns gegen die menschenverachtenden Politik von Senat und Kapital.
Wer auf's nächste Flugblatt nicht warten mag und mit uns Kontakt aufnehmen will: Wir treffen uns jeden ersten Donnerstag im Monat im Stadtteilladen Lunte, Weisestraße 53, um 19 Uhr.

WIR WARTEN NICHT AUF BESSERE ZEITEN,
DENN VON ALLEINE KOMMEN SIE NICHT!

Juni 1988

Keine Räumung in der Pfuelstr.!

wir rufen auf zu einer demonstration, um die geplante räumung der besetzten etage in der pfuelstraße zu verhindern und als konkreten schritt im kampf gegen die umstrukturierung dem bauhei kuthe eine grenze zu setzen.

mittwoch früh um 10 uhr hat das amtgericht unter massivem bullenschutz im blitzverfahren die räumung der besetzten etage in der pfuelstr. 5 beschlossen, ohne fristen, also ab jetzt können sie jederzeit kommen.
das ist der vorläufige höhepunkt von jahrelangen auseinandersetzungen zwischen der kuthe gmbh und den mieterInnen der pfuelstraße.
die pfuel 5, ein riesiges verwittertes fabrikgebäude direkt an der spree, wurde 82 von kuthe für den spottpreis von 600.000 dm aufgekauft. sie vermieten die räume, die bis dahin als getreidespeicher dienten, zu horrenden preisen von 4 bis zu 10 dm/m² an eine bunte mischung aus gewerbetreibenden, künstlern und geräumten hausbesetzern. so kassiert kuthe pro jahr rund 1.000.000 dm an miete. für die ausbauten, sogar wasser- und stromleitungen, für heizungsmontage und müll und alles sind die mieterInnen zuständig. er setzt vertraglich noch eins drauf: alles geht automatisch in seinen besitz über !
von anfang an gibts den versuch der mieterInnen, sich dagegen zu wehren. es werden verschiedene prozesse wegen unsittlichkeit, wucher... (automatische jährliche mieterhöhung um 6.5% !) geführt, alles erfolglos. die mieterInnen gründen die "pfuelstraßeninitiative pfui e.v.", aber kuthe weigert sich, mit ihnen zu verhandeln. kurzum, es verändert sich überhaupt nichts.
im januar schreiben die besetzerInnen in einem flugi: "im julu stand freimuth junior, der sohn vom kuthe-geschäftsführer, mal wieder unangemeldet mitten in unserer etage. gutes zureden von uns konnte ihn nicht zum abhauen bewegen und als er noch eine genossin angrapschte, haben wir ihn rausgeschmissen. es hat ihn wohl total aufgeregt, daß ihm mal unmittelbar ne grenze gesetzt wurde. ab august hat die kuthe gmbh dann kein geld mehr vom mietkonto abgebucht, obwohl es drauf war und sie drüber hätten verfügen können. im november kam dann die kündigung mit den begründungen

1. mietrückstände seit august
2. unberechtigtes nutzen der gewerberäume als wohnraum
3. vertragswidriger rausschmiss von freimuth j.

wir haben ihnen darauf angeboten, ihnen den mietrückstand (den sie ja nun selbst zu verantworten hatten) direkt zu zahlen, wenn sie die kündigung zurücknehmen. das haben sie abgelehnt und erklärt sie bestünden auf der kündigung."

---

die erklärung der besetzung im januar war ein offensiver schritt, zum einen um die mietausbeutung in der pfuelstraße zu bekämpfen, zum anderen mit dem ziel, mit einer konkreten initiative einen raum für den widerstand im rahmen der anti-iwf/weltbank-mobilisierung zu erkämpfen, und das in den zusammenhang anderer initiativen gegen umstrukturierung im kiez zu stellen. "es ging uns bei der besetzung aber auch um uns selbst: die eingefahrene situation von wg als ersatzfamilie, die bewegungslosigkeit in unserem alltag, die distanz zu unserm anspruch, revolutionäre politik machen zu wollen. eigentlich war uns nur klar, daß ne besetzung das alles irgendwie verändern würde - daß wir wegen des kampfs um die durchsetzung der etage genauer miteinander umgehen müssen. und es hat sich dann auch immer wieder gezeigt, daß bei uns kein liberales nebeneinander mehr laufen kann, weil wir nur durchkommen können, wenn wir die ganzen fragen, die sich uns dauernd stellen, soweit miteinander klarkriegen, daß das ergebnis auch wirklich für jede/n einzelne/n stimmt."

in den letzten monaten war die etage ein wichtiger raum für politische diskussionen, wo sozialrevolutionäre, antipatriachale und antiimperialistische ansätze zusammen kamen, weil es auch um praktische konfrontation ging. in der zeit haben wir veranstaltungen mit genossInnen aus palästina, kurdistan, türkei, chile und el salvador gemacht. das war eine ganz direkte erfahrung, wie internationalistische politik aussehen kann. und das wollen wir auf jeden fall in der besetzten etage weiterentwickeln.

räume, über die wir selbstbestimmt verfügen können, sind eine wesentliche bedingung für einen widerstand, der im alltag verankert ist. das feb ist notwendig für die entwicklung eines autonomen frauen- und lesbenkampfs. die pfueletage hat bei konkreten mobilisierungen in diesem jahr eine bedeutung. wenn wir hier in der pfuelstraße die besetzte etage durchsetzen, stärkt das den widerstand, zeigt das, daß was möglich ist.

am letzten donnerstag haben genossInnen das büro von kreuzbergs baustadtrat orlowsky besetzt. orlowsky ist herausragender akteur im kreuzberger konzept zur befriedung von konfliktpotential und zerschlagung von nicht mehr integrierbarem widerstand. überall wo wir in letzter zeit mit dieser teile-und-herrsche-politik konfrontiert waren, hatte er eine schlüsselrolle.
mit der vierstündigen besetzung wurde orlowsky gezwungen, sofort schritte zur verhinderung der pfuelstraßenräumung zu unternehmen. in telefonverhandlungen wurde von dem geschäftsführer der kuthe gmbh, freimuth, die zusage zu einem räumungsaufschub um eine woche und neuverhandlungen über die mietsituation in der gesamten pfuel 5 erzwungen. die zweite zusage brach freimuth (jun) jedoch schon am nächsten tag. indem er die forderung der bewohnerInnen (neuverhandlung mit sämtlichen hausbewohnerInnen auf der grundlage ihres offenen briefs) als "indiskutabel" zurückwies und die verhandlungen abbrach.

VV Di. 20.°°
MEHRINGHOF
VERSAMMLGS.RAU

DEMO

Donnerstag, 16. Juni,

17 Uhr Zickenplatz

(U-Kotti-Damm)

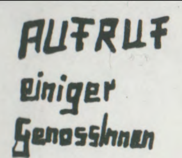
wir, frauen+lesben aus dem anti-patriachalen anti-imperialistischen widerstand, rufen auf zum autonomen frauen+lesben-block für die demo zur durchsetzung der besetzten pfueletage.

kollektivität ist die kraft
die uns treibt
der kampf geht weiter

FEB bleibt !

Pfuel bleibt !

Räume erkämpfen für ein selbstbestimmtes und kollektives Leben



Die Zwangsräumung der besetzten Etage in der Pfuehlstrasse ist nur eine von den vielen hunderten Zwangsräumungen, die in Berlin jährlich stattfinden und mit denen das Haus- und Grundbesitzerkapital die MieterInnen zur Mietzahlung erpressen will. In Berlin gibt es jährlich 10 000 Räumungsklagen wegen nicht bezahlter Mieten.

Bei vielen von uns Ausgebeuteten und Besitzlosen frißt die Miete heute 40-50% unseres Einkommens, was bedeutet, daß wir allein die Hälfte unserer Arbeitszeit nur für die Hausbesitzer malochen gehen. Zusätzliche Mietsteigerungen durch die Freigabe der Mieten, oder durch Modernisierungen bedeutet für uns mehr Zwang zur Arbeit, Konsumverzicht oder die Vertreibung aus der Wohnung und somit aus unseren sozialen Zusammenhängen.

Die Miete ist ein Instrument der herrschenden Klasse zur Disziplinierung und Kontrolle der Masse der Ausgebeuteten. Sie zwingen uns damit zur Arbeit und drohen mit Zwangsräumungen, wenn wir uns der Ausbeutung verweigern. Aber das war schon immer die Funktion der Miete. Sie war schon immer Teil des Zwangs zur Arbeit und Mittel, um das Proletariat in die Fabriken zu pressen. Es gibt keine gerechte Miete!

Mit der Miete bezahlen wir alles, was mit dem Wohnungsbaugeschäft zu tun hat. wir bezahlen die Baukosten eines Hauses, wir bezahlen Verwaltung, Instandsetzung und Modernisierung, wir zahlen Leerstand, Abschreibung und Spekulation und wir bezahlen dafür, daß Hausbesitzer und Spekulanten noch 10/20/30 oder noch mehr Häuser bauen können.

Mit den allgemeinen Preissteigerungen für das alltägliche Überleben und den Einkommenssenkungen für die Masse der Arbeiter- und ProletarierInnen, versucht das <u>internationale Finanzkapital</u>, mit Hilfe der staatlichen Unterdrückungsmaschinerien, noch mehr Arbeit aus uns herauszusaugen.

Überhaupt verfolgt die ganze Stadtplanung und Erneuerung das Ziel die herrschenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Staatliche Wohnungspolitik ist darauf ausgerichtet die patriarchalischen Kleinfamilienstrukturen zu zementieren. Das 3-Zimmer-Wohnklo für jede Familie, isoliert und privatisiert und Stätte der Ausbeutung unbezahlter Frauenarbeit. Wohnungspolitik und Stadtplanung betonieren die Räume für die alltägliche Gewalt gegen Frauen, Jugendliche und Kinder in der Anonymität der abgeschotteten Kleinfamilie.

Stadtplanung oder Stadtsanierung, ob nun die Kahlschlagsanierung der 60er/70er Jahre oder die sog. behutsame Stadterneuerung der 80er, haben immer das Ziel HERRschaft und Kontrolle über die Stadt und die Stadtviertel zu sichern und auszudehnen. Sie soll die Räume, die sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten für ihr Zusammenleben und ihre Kultur angeeignet haben zerstören. Die von unten gewachsenen solidarischen und sozialen Zusammenhänge der Unterdrückten sollen mit dem Konzept der Vertreibung durch Sanierung, Modernisierung, Mietsteigerung und Zwangsräumungen vernichtet werden. Ziel ist dabei die soziale Durchmischung und Neuzusammensetzung eines Stadtteils mit einkommensstarken Mittelklassen, in der Regel d e r gut verdienende Deutsche mit Familie.

Sie versuchen damit zu zerstören, was unser Leben für uns noch erträglicher macht und was uns die Kraft zum Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung gibt.

Seit es die HERRschaft und den Privatbesitz an Grund und Boden gibt, gibt es auch Kämpfe gegen das ausbeuterische Miet- und Pachtsystem: ob die Landbesetzungen in Peru, Andalusien, Mexiko, oder die Hausbesetzungen und Mietstreiks in New York, Amsterdamm, London, Südafrika, Berlin oder anderswo. Nicht nur wir, sondern die Masse der Ausgebeuteten führen ihren alltäglichen Kleinkrieg gegen Haus- und Grundbesitzer, Spekulanten und Räumungskommandos.

Finanzieren wir nicht länger unsere eigene Ausbeutung, Unterdrückung und Vernichtung!

Aller gesellschaftliche Reichtum wird allein von uns ProletarierInnen produziert.

Nehmen wir uns was uns gehört!

Bekämpfen wir die Ausbeuterschweine mit allen Mitteln-organisieren wir uns massenhaft gegenden Zwang zur Arbeit!

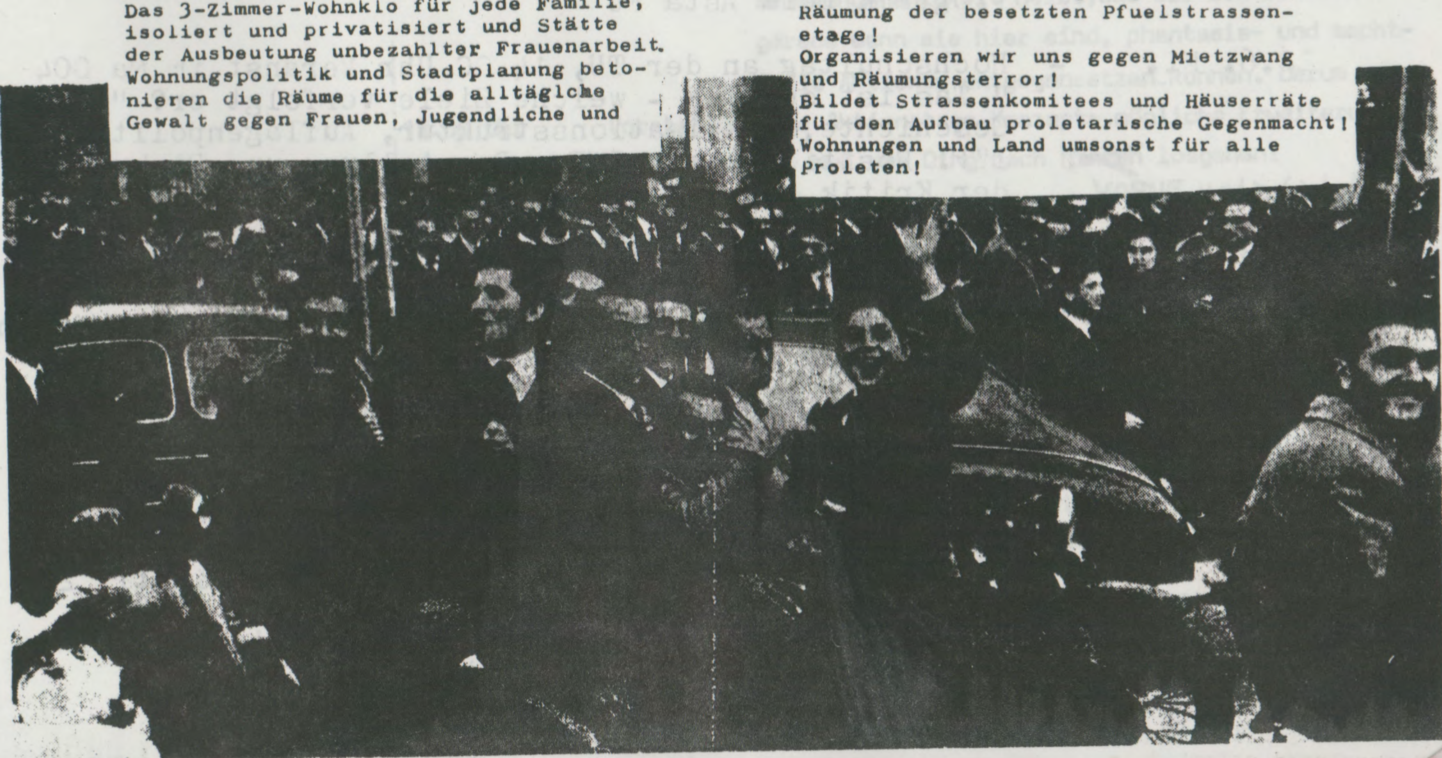
So wie wir alle ein Dach über dem Kopf brauchen, brauchen wir Räume für die Organisierung unseres Widerstands.

Verhindern wir deswegen gemeinsam die Räumung der besetzten Pfuelstrassenetage!

Organisieren wir uns gegen Mietzwang und Räumungsterror!

Bildet Strassenkomitees und Häuserräte für den Aufbau proletarische Gegenmacht!

Wohnungen und Land umsonst für alle Proleten!



Zusammenlegung der politischen Termine

18.6 Sa. - 9.00 Uhr antiimperialistische Stadtrundfahrt
Abfahrt : Mehringhof

19.6. So. - 20.00 Uhr Treffen der VOBO-Inis : Perspektiven, Pläne, Projekte gegen den Überwachungsstaat
Ort : Blauer Salon im Mehringhof

- 17.00 - 19.00 Uhr im Eldoradio : Auftaktsendung zum Christopher Street Day

20.6. Mo. - SPD lädt ins Rathaus Kreuzberg ein, um mit STERN Stadtbau u.a. über " die Situation der Projekte und insbesondere dee Problematik der Schlesischen Str. 27 " zu beraten, oder so ahnlich! (Zitat aus dem Einladungsschreiben) Raum 2051 um 20.00 Uhr

- Vorbereitungstreffen fürs Kiezpalaver (am 26.6.) um 19Uhr im Arbeitslosenladen

21.6. Di. - Koloquium an der FU um 18Uhr im Audimax
Altvater lädt VertreterInnen aller Parteien zur Diskusion um IWF/WB eim. Viel Presse wird zu gegen sein!!

- Eldoradio : Sondersendung zur CSD - Live Diskussion aus de. Funkhaus 19.-21.Uhr

21.-24. - Ökumenisches Hearing zum intern. Finanzsystem und der Verantwortung d. Kirchen hört, hört!
Veranst. : 20 christl. Gruppen, Beweg. und Organ.
Vertreter von IWF/WB werden auch hier erwartet!!
genauere Infos über ESG-TU, Camerstr. 11, 1B12

21./22. - Gen- und Reprotechnik, eine Fachbereichsveranst. am Otto-Suhr-Institut
Programm beim Asta FU

22.6. Mi. - Hochschultag an der TU, 14.00 Uhr Veranst. im Ma 004
" Was ist der IWF - welche Ziele verfolgt er? "
Geschichte, Organisationsstruktur, Auflagenpolitik d IWF. Positionen zum IWF - Darstellung und Diskussio der Kritik bzw Reformansätze.

24.6. Fr. - Info-Veranstaltung zu Clause 28/29. What's about Her Majesty ? Hintergründe und Auswirkungen von Clause & 28/29 in England sollen dargestellt werden. Was könnenn wir dagegen tun ? Schoko 4. Etage 20Uhr

- Veranst. in der Arbeitsstelle Dritte Welt TU :
" Food for Work" ? Über die Tücken grundbedürfnis-orientierter Entwicklungshilfe am Beispiel Honduras
Referent ist Klaus Dressel (ehem. Leiter eines dt. Entwicklundshilfeprojektes in Honduras)
12.00 Uhr, Raum 4040 D X.OG in der Franklinstr. 28

- Der DED versucht sein 25. Jubiläum zu feiern- TA TA
Kleim und Laurien werden auch da sein!!
Laßt Euch was einfallen! Ort: DED, Kladow

24./26. - Veranstaltungtage an der FU
" Für starke Gegenaktion "

Freitag,24.6.88 17.00 Uhr Flüchtlingspolitik/Rassismus in Westeuropa
(Peter Finger und Thomas Knuf von der Aktion Fluchtburg)

20.00 Uhr AG's zu einzelnen Schwerpunkten

Gut fänden wir, wenn die Diskussion nicht im Raum stehen bleibt,sondern sich konkret auf Umsetzungsmöglichkeiten im Rahmen der Aktionen zum IWF/WB-Kongreß bezieht.

21.30 Uhr evtl. Abschlußplenum

Samstag,25.6.88 14.00 Uhr Bevölkerungspolitik oder wie und warum sich mann und Kapital Frauenkörper aneignen
(Edith Schlaffer und Helga Satzinger)

16.00 Uhr Kaffeepause

16.30 Uhr AG's Bevölkerungspolitik ist eine zentrale Stütze des Patriarchats. Da das Gewaltverhältnis besonders hier zwischen den Geschlechtern verläuft, halten wir es für notwendig, getrennt zu arbeiten. Auf dem Plenum können wir dann die gemeinsamen/getrennten Umsetzungsformen für den IWF/WB-Kongreß zu diskutieren.

Alle Veranstaltungen finden im Hörsaal 001 des Mathematikgebäudes der TU (Straße des 17.Juni) statt.

18.30 Uhr Pause

19.00 Uhr gemeinsames Plenum

Sonntag,26.6.88 16.00 Uhr Bericht von 2 GenossInnen aus dem Rhein/Main-Gebiet: oder was Sie schon immer über Repression wissen wollten aber nie zu fragen wagten

17.30 Uhr IWF/WB und Bullen - ein Kapitel für sich...
ein Versuch, ein möglichst umfangreiches Bild der Bullenvorbereitung zu zeichnen

Wir halten eine gemeinsame Diskussion über die schon gelaufenen und zu erwartenden Repressionen für notwendig, um handlungsfähig zu bleiben. Handlungsfähigkeit heißt,daß wir den Bankern gerade wenn sie hier sind, phantasie- und machtvolle Aktionen entgegensetzen können. Darum um

18.00 Uhr Vorstellung des Aktionstage-Konzepts,mögliche Erweiterung...
Auf jeden Fall muß das Ding nach ~~hinten~~ losgehen!
VORNE natürlich!!

25.6. Sa. - Eldoradio berichtet aktuell zum CSD'88 ,18.30-19 Uhr

- Christopher Street Day Demo ab Savignyplatz

- 21. Uhr Benefitz - Fete für die 4. Lesbenwoche in der Marthagemeinde,Unkostenbeitr. 5 bzw 8 DM

25./26. - Die DVU wird sich zahlreich in der Stadt rumtreiben. Frey hat das ICC (waw sonst) angemietet!

26.6. So. - Eldoradio : 17-20 Uhr Drei Stunden extra - CSD intern.

- Kiez - Palaver : IWF - Was geht es den Kiez an
Ort noch unklar

- 12.30 anti - imperialistische Stadtrundfahrt
Karten u. Treffpunkt Mehringhof : Schwarze Risse



vorerst ab 7⁰⁰–9⁰⁰ + 19⁰⁰–23⁰⁰

Unterstützt das Radio!
Macht selber Cassetten!
Gebt sie am Platz oder
bei den "einschlägig bekannten Stellen" ab!

Die Besetzer des Kubat-Dreiecks verfügen jetzt auch über ein Spendenkonto: Stefan Noe, (Stichwort: Norbert-Kubat-Dreieck), Konto-Nr. 112 004 33 75, Sparkasse der Stadt Berlin-West (BLZ 100 500 00).